

GESCHÄFTSBERICHT 2017

DIE ZUKUNFT DES GASNETZES – DAS **GASNETZ** DER ZUKUNFT



NETZGESELLSCHAFT
BERLIN • BRANDENBURG

DIE **ZUKUNFT** DES GASNETZES – DAS **GASNETZ** DER ZUKUNFT

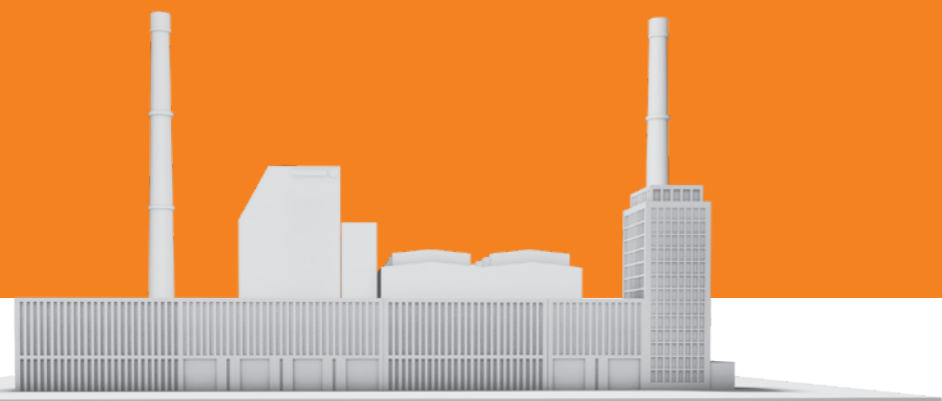
Die Energiewende lässt auch die Gasnetzinfrastruktur nicht unberührt: So wie sich der Energieträger Gas in den nächsten Jahren verändern wird, so kommen auch auf das Gasnetz neue Anforderungen und Aufgaben zu. Aber wird das Gasnetz auch in Zukunft die Bedeutung haben, die es heute für eine zuverlässige, klimaschonende und wirtschaftliche Energieversorgung hat?

Wir sind davon fest überzeugt.

Deshalb nehmen wir in diesem Geschäftsbericht eine Art Beweisführung vor: Wir haben vier Thesen aufgestellt und belegen anhand von vier Beispielen aus ganz unterschiedlichen Bereichen des Energietransports, worin die Zukunft der Gasnetzinfrastruktur liegt und welche Aufgaben unser Unternehmen in diesem Zusammenhang übernimmt.

01

S. 10



DAS GASNETZ ERMÖGLICHT EINE KLIMASCHONENDE ENERGIEERZEUGUNG

Mit der Umstellung von Braunkohle auf Erdgas reduzieren sich die jährlichen CO₂-Emissionen des Heiz-Kraftwerks Klingenberg um 600.000 Tonnen.

Die Modernisierung des Kraftwerks ist ein wichtiger Schritt hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung – mitten in Berlin.

02

S. 16



DAS GASNETZ BRINGT GRÜNE ENERGIE ZU DEN VERBRAUCHERN UND ERMÖGLICHT KLIMASCHONENDE MOBILITÄT

Die Biogasanlage der Berliner Stadtreinigung in Spandau sorgt dafür, dass 150 Müllfahrzeuge mit regenerativ erzeugtem Biomethan betankt werden.

Die NBB speist das Biomethan in die Gasnetzinfrastruktur ein. Die Biogasanlage der BSR steht im Zentrum einer doppelt grünen Kreislaufwirtschaft.

03

S. 22

DAS GASNETZ BILDET DIE BASIS FÜR INNOVATIVE FORSCHUNG IM BEREICH ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Im InfraLab auf dem EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg werden Projekte für ein klimaneutrales und lebenswertes Berlin entwickelt und gebündelt.

Die NBB unterstützt gemeinsam mit den Infrastrukturbetreibern aus den anderen Sektoren die im InfraLab aktiven Start-ups.



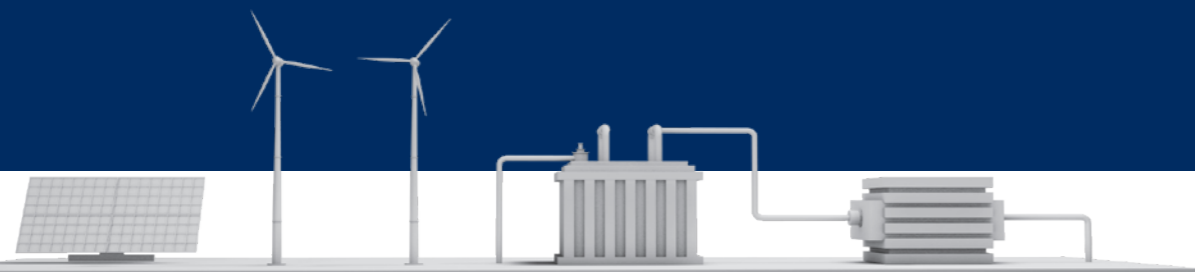
04

S. 26

DAS GASNETZ BILDET DAS RÜCKGRAT FÜR DIE ENERGIE- VERSORGUNG DER ZUKUNFT

Mit der Power-to-Gas-Technologie und der Gasinfrastruktur kann erneuerbare Energie gespeichert und zum Beispiel aus ländlichen Regionen in den urbanen Raum transportiert werden.

Eine konsequente Nutzung von Power-to-Gas wäre deutlich günstiger als ein massiver Ausbau der Stromnetze.



UNTERNEHMENS- KENNZAHLEN 2017



Technik

TRANSPORTMENGE

42.783* Gwh

ROHRNETZLÄNGE

13.869,3* km

HOCHDRUCK

2.945,2* km

VERSORGUNGSNETZ

10.924,1* km

NETZANSCHLÜSSE

336.488* Stück

INSTALLIERTE GASZÄHLER (INKL. ZMU/TMU)

781.674* Stück

Personal

MITARBEITER

417*

Jahresabschluss

BILANZSUMME

128,9* Mio. €

KAPITALANTEILE DER KOMMANDITISTEN

1,0* Mio. €

UMSATZ

400,4 Mio. €

EBIT

10,6 Mio. €

JAHRESÜBERSCHUSS / JAHRESFEHLBETRAG

8,7 Mio. €

OPERATIVER CASHFLOW

19,4 Mio. €

* per 31.12. des Geschäftsjahres

DAS GASNETZ STEHT FÜR GEGENWART UND ZUKUNFT

Der Weg zu einer erfolgreichen Energiewende führt auch über die Gasnetzinfrastruktur. Die NBB übernimmt dabei an vielen Stellen Verantwortung, damit Klimaschutz, ökonomische Vernunft und Versorgungssicherheit auch langfristig im Gleichgewicht bleiben.

Als Netzbetreiberin tragen wir ein hohes Maß an Verantwortung. Deshalb führen wir uns als Unternehmen regelmäßig vor Augen, worin der Kern unserer Arbeit besteht: Es geht um den zuverlässigen Transport von Energie zu den Verbrauchern, damit Häuser und Wohnungen warm werden, damit Kraftwerke Strom und Wärme erzeugen, damit Unternehmen ihre Produkte herstellen oder ihre Dienstleistungen erbringen oder damit sich zum Beispiel durch einen Erdgasmotor angetriebene Fahrzeuge bewegen können.

Aber es kommt nicht erst seit heute auf noch mehr an. Einerseits ist es unsere Aufgabe, den Energietransport so effizient und damit so umwelt- und ressourcenschonend durchzuführen wie möglich. Andererseits wollen wir in Zukunft noch mehr dafür sorgen, dass Energie aus erneuerbaren Quellen großflächig verfügbar gemacht wird. Das macht unsere Tätigkeit vielfältig und anspruchsvoll.

Das Gasnetz, das wir betreiben, ist nicht nur das Rückgrat der Energieversorgung von heute. Es wird auch in Zukunft wichtige Beiträge leisten, damit diese Versorgung so

klimaschonend wie möglich erfolgt und Deutschland seine Klimaziele erreicht.

Ziel ist die Dekarbonisierung der Energieversorgung, um eine Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erreichen. Nur so können der globale Temperaturanstieg minimiert und

seine vermutlich schwerwiegenden Folgen abgewendet werden.

Die Ziele sind klar definiert, die Wege dorthin sind es nur zum Teil. Der Fokus der energiepolitischen Debatten lag in den letzten Jahren auf der Erzeugung. Hier existieren konkrete regulatorische Rahmen-



MAIK WORTMEIER (LINKS) UND FRANK BEHREND

Die Gasnetzinfrastruktur macht es möglich, **aus Berlin auch die Hauptstadt des Klimaschutzes zu machen.**

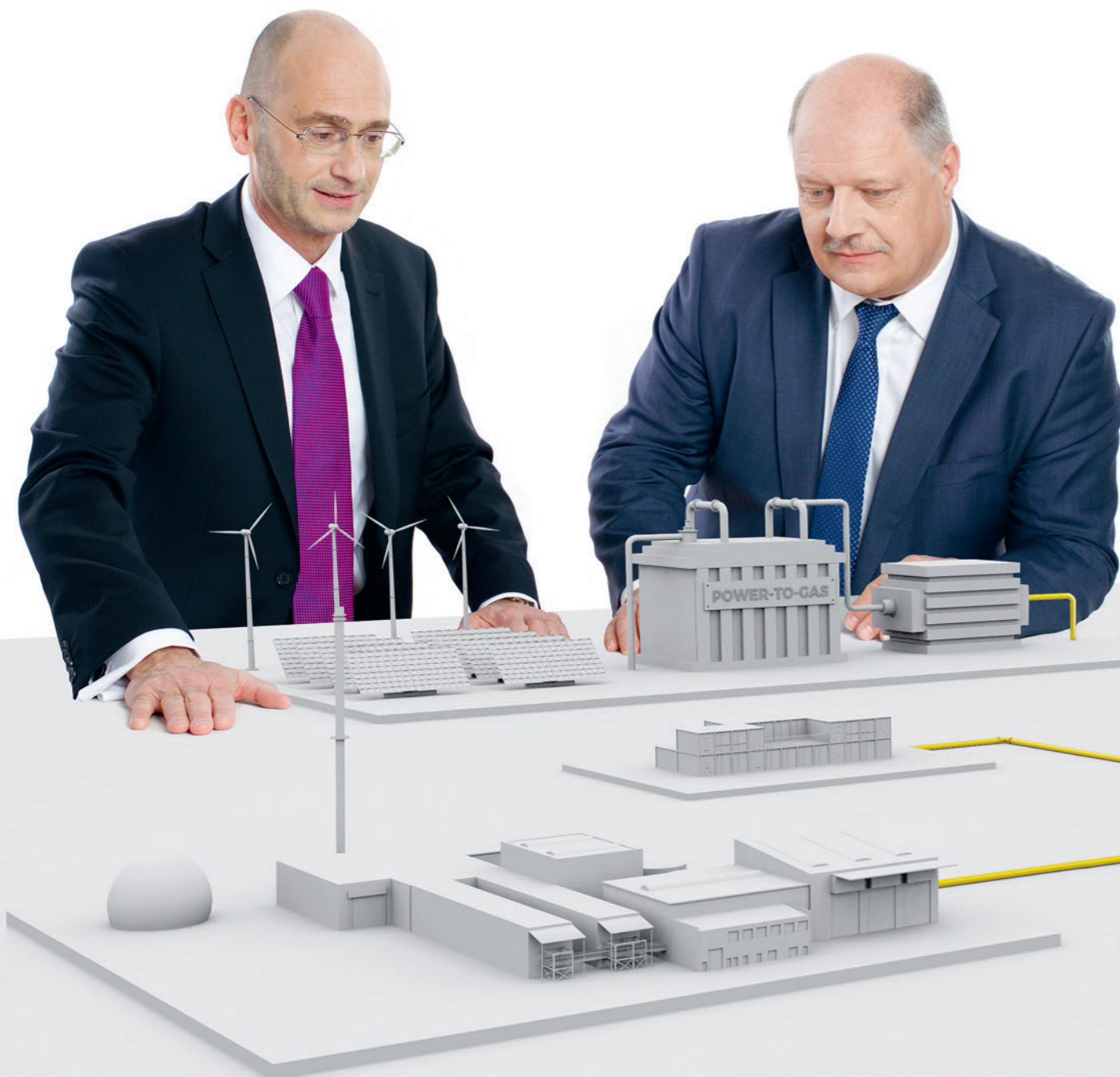
bedingungen mit definierten Ausbaurückführungen für die erneuerbaren Energien und mit einem Fördersystem, das die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen unterstützt.

Im Mobilitätssektor ist immerhin die grundsätzliche Absicht erkennbar, erneuerbaren Strom als Kraftstoff zu fördern. Doch der Gesetzgeber hat – abgesehen von eher halbherzigen Anreizprogrammen für E-Autos – noch keine echte Strategie erkennen lassen.

Im Wärmemarkt ist die Situation im Vergleich unübersichtlich: Eine schnelle Reduzierung der CO₂-Emissionen durch den Austausch alter Heizungsanlagen zum Beispiel gegen moderne und klimaschonende Gasheizungen wäre möglich,

wird aber nicht im erforderlichen Maße staatlich gefördert. Die Sanierungsquote im Gebäudebestand ist unverändert niedrig. Hier gibt es auf vielen Ebenen noch einiges zu tun, wenn die Klimaziele für 2030 und 2050 erreicht werden sollen.

Eindeutig ist allerdings das Urteil der Verbraucher: Drei Viertel aller Wärmeerzeuger, die derzeit in Deutschland eingebaut werden, sei es in Neubauten oder in Bestandsgebäuden, werden mit Gas als dem CO₂-ärmsten fossilen Energieträger betrieben. Für uns als Betreiberin von Gasnetzinfrastrukturen in Berlin, großen Teilen Brandenburgs und Teilen von Sachsen und Sachsen-Anhalt ist das ein ermutigendes Signal. Denn am Ende sollten in einem fairen und offe-



nen Wettbewerb die Kunden entscheiden, mit welchem Energieträger sie ihr Eigenheim oder ihren Betrieb beheizen.

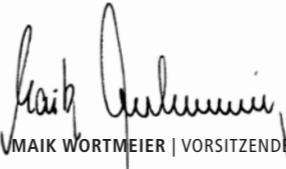
Ohne Gas wird sich die Energiewende nicht erfolgreich umsetzen lassen, denn um beispielsweise das schwankende Stromaufkommen aus den erneuerbaren Energien Wind und Sonne auszugleichen, benötigen wir Gaskraftwerke noch eine ganze Weile als effizientes und zuverlässiges Back-up (siehe Kapitel 01 ab Seite 10). Derzeit ist nur Gas – und mittelfristig auch nur fossiles Erdgas – in der Lage, Versorgungssicherheit zu ökologisch und wirtschaftlich vernünftigen Bedingungen zu gewährleisten.


Neben der Versorgungssicherheit muss es außerdem gelingen, den Berliner Einwohnern und Unternehmen erneuerbare Energie, die zum Beispiel in Brandenburg erzeugt wird, in noch größerem Ausmaß zur Verfügung zu stellen. Die hervorragend ausgebaute Gasnetzinfrastruktur wird dabei eine elementare Rolle spielen, denn sie eignet sich als Speicher für zukünftig in Wasserstoff umgewandelten, aus erneuerbaren Quellen produzierten Überschussstrom. Andererseits ermöglicht sie viele dezentrale Lösungen,

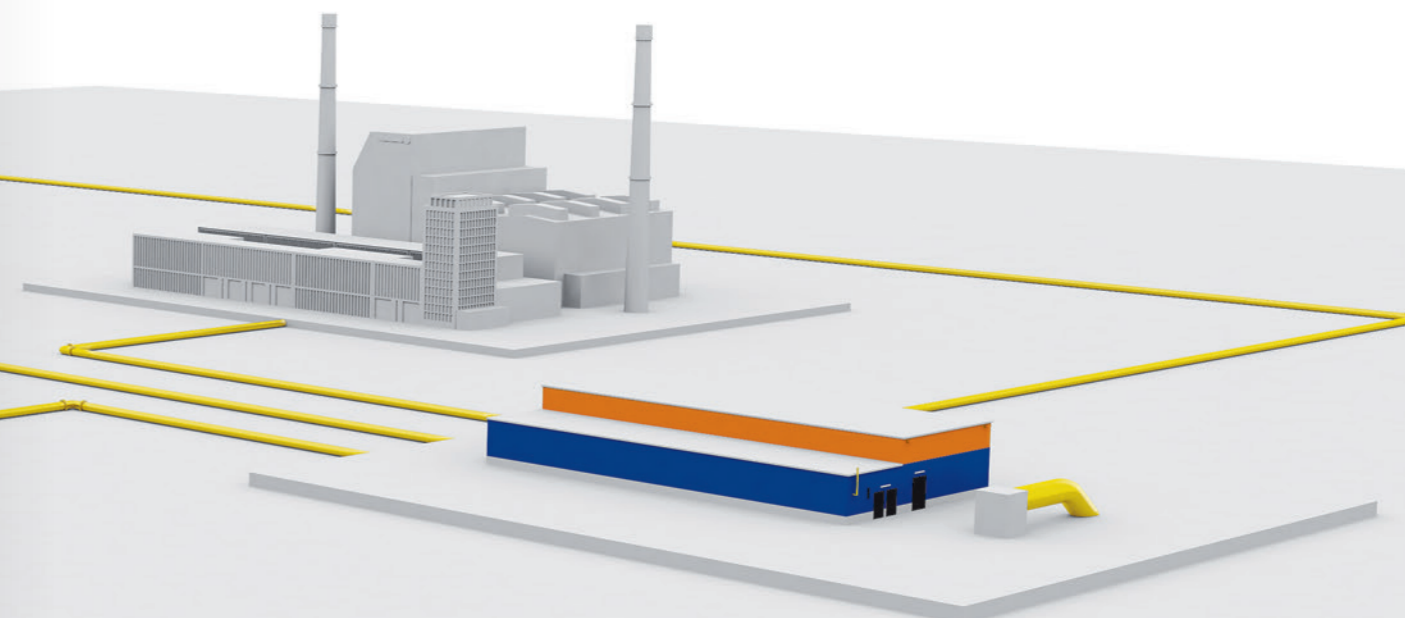
die zusammengenommen dazu beitragen, aus Berlin auch die Hauptstadt des Klimaschutzes zu machen. Für uns als NBB ist es eine Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe, diesen Prozess gemeinsam mit unseren Partnern zu gestalten, zu strukturieren und auch umzusetzen.

Die Gasnetzinfrastruktur ist für die Anforderungen der Energiewende gerüstet. Mit den richtigen regulatorischen Rahmenbedingungen könnten wir theoretisch gleich morgen mit der Planung und Umsetzung zum Beispiel der Power-to-Gas-Technologie in Brandenburg beginnen (siehe Kapitel 04, Seite 26). Jeder Tag, den wir länger darauf warten müssen, entfernt uns ein Stück weiter weg von einem zügigen Erfolg der Energiewende.

Im Geschäftsbericht 2017 stellen wir Ihnen vier Projekte vor, die – im großen wie im etwas kleineren Maßstab – eindrucksvoll belegen, welches große Zukunftspotenzial die Gasnetzinfrastruktur besitzt. Diese Infrastruktur verbindet nicht nur Energieerzeugung und -verbraucher miteinander, sondern sie bildet heute schon die Basis für ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energielösungen der Zukunft.


 MAIK WORTMEIER | VORSITZENDER DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

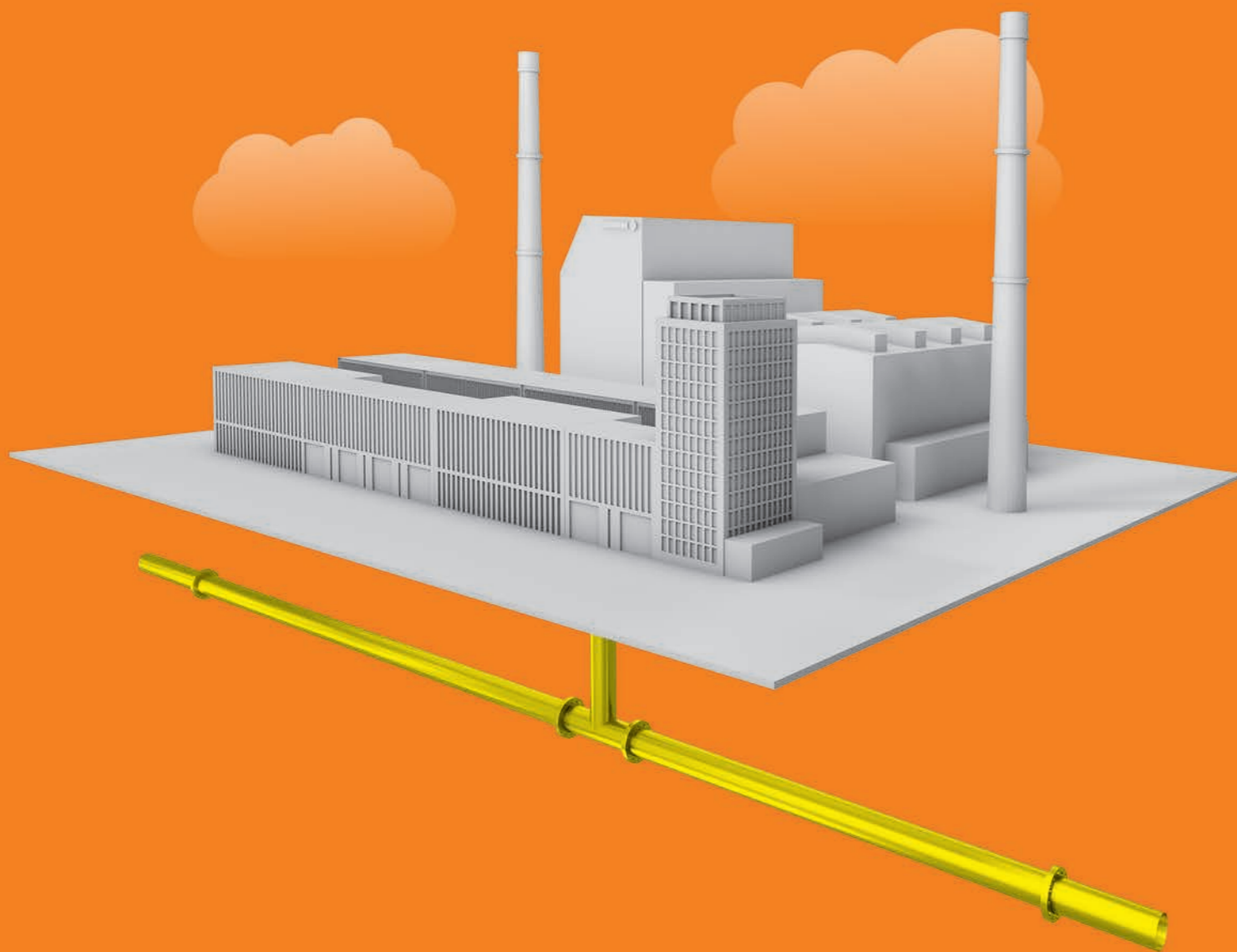

 FRANK BEHREND | GESCHÄFTSFÜHRUNG



01

Heiz-Kraftwerk Klingenberg

DAS GASNETZ ERMÖGLICHT EINE KLIMASCHONENDE ENERGIEERZEUGUNG



EIN SCHRITT IN RICHTUNG KLIMANEUTRALE ZUKUNFT

Die Umstellung des Kraftwerks Klingenberg von Braunkohle auf Erdgas spart jährlich 600.000 Tonnen CO₂ ein. Damit herrscht an dem historischen Standort im Osten Berlins seit der Modernisierung an einem kein Mangel mehr: an Zukunft.

Wer vom Berliner Stadtzentrum aus über die Rummelsburger Landstraße durch Lichtenberg Richtung Köpenick fährt, der wähnt sich kurz hinter Friedrichshain wie am Beginn des Industriezeitalters: Links und rechts der vierspurigen Ausfallstraße erheben sich langgezogene, über 30 Meter hohe Gebäude mit einheitlich dunkelroten Klinkerfassaden, bestückt mit Leitungsrohren aus Stahl und Aluminium.

Aluminium war auch der Ursprung dieses traditionellen Industriestandorts, denn hier stand tatsächlich mal eine Fabrik, in der Aluminium erzeugt wurde, aber das ist mittlerweile 100 Jahre her. Seit 1927 war das weitläufige Gelände Kraftwerksstandort. Erst wurde hier Steinkohle verfeuert, später Braunkohle, und daraus wurde Wärme für etwa 300.000 Haushalte im Osten Berlins gewonnen und im Zuge



der Kraft-Wärme-Kopplung auch Strom, der über die Stromsammelschiene in dem Gebäudeteil auf der Südseite der Rummelsburger Landstraße ins Berliner Stromnetz eingespeist wird. Die Fassaden der in den 20er-Jahren erbauten Klinkergebäude stehen unter Denkmalschutz, „das betrifft auch die Holzfenster oder die Glasfassa-

de des Brennerhauses“, berichtet Markus Witt, Vice President Asset Management der Business Area Heat von Vattenfall, dem Betreiber des Heiz-Kraftwerks Klingenberg. Natürlich ist das Kraftwerk in seiner langjährigen Geschichte schon mehrfach umgebaut worden: Aus den ehemals acht gemauerten Schornsteinen mit einer Höhe



WIESO EIGENTLICH KLINGENBERG?

Kraftwerke heißen üblicherweise so wie ihr Standort, in Berlin zum Beispiel Lichterfelde, Mitte oder Moabit. Beim Heiz-Kraftwerk Klingenberg im Berliner Ortsteil Rummelsburg ist das anders: Namensgeber war der Kraftwerksplaner Georg Klingenberg (1870–1925), der im Auftrag der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft (AEG) weltweit 70 Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme entwarf, unter anderem in Baku, Barcelona und Buenos Aires. Klingenberg verstarb, bevor das neue Kraftwerk ans Netz ging. Architekten waren sein Bruder Walter Klingenberg und Werner Issel.

Für Klingenberg standen verschiedene Konzepte zur Diskussion. **Am Ende fiel die Entscheidung für Erdgas.**



von jeweils rund 70 Metern sind zum Beispiel schon in den 60er- bzw. 70er-Jahren zwei Betonschornsteine mit jeweils über 140 Metern geworden. Sie sind in weitem Umkreis die höchsten Bauwerke. Der Vattenfall-Konzern, der in Berlin insgesamt elf Kraftwerke betreibt, stand vor einigen Jahren vor der Frage, wie mit dem Standort im Ortsteil Rummelsburg – nur wenige Meter von der Spree entfernt – verfahren werden sollte. Ein neues Steinkohlekraftwerk errichten? Klingenberg zu einem Biomassekraftwerk umbauen? Eine Power-to-Heat-Anlage installieren? Ganz stilllegen?

Die Verfeuerung von Braunkohle – etwa 3,2 Millionen Tonnen jährlich aus der Lausitz, per Bahn bis Königs Wusterhausen und von dort per Schiff bis auf das Kraftwerksgelände transportiert – hatte eine sehr begrenzte Zukunftsperspektive. Die verschiedenen Pläne zur Modernisierung des Kraftwerks ließen sich aber nicht oder nur schwer realisieren. Entweder protestierten Anwohner wegen eines geplanten 140 Meter hohen Kühlturms oder der Biomassebedarf stellte sich als zu voluminös heraus, um zuverlässig Wärme für 300.000 Haushalte zu erzeugen.

„Wir haben uns am Ende für die naheliegendste Lösung entschieden, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz gleichermaßen gewährleistet“, erklärt Markus Witt. Und diese Lösung heißt: Erdgas.

Einen Anschluss ans Gasnetz gibt es auf dem Gelände bereits seit den 90er-Jahren, denn seitdem wurde Erdgas in Klingenberg dazu genutzt, bei besonders kalter Witterung Bedarfsspitzen aufzufangen, die sich mit Kohle allein nicht decken ließen. Bisher wurden in Klingenberg jährlich 500 Gigawattstunden Erdgas in Wärme und Strom umgewandelt. Jetzt, da die Anlage ausschließlich mit Erdgas betrieben wird, sind es 4.000 Gigawattstunden.

Am 24. Mai 2017 wurde zum letzten Mal Braunkohle im Heiz-Kraftwerk Klingenberg verfeuert, drei Jahre früher als ursprünglich geplant. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller enthüllte aus diesem Anlass eine Gedenktafel und nannte die Umrüstung auf den reinen Erdgasbetrieb einen „Meilenstein auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt“.

„Mit synthetischem Gas gelingt uns die **Dekarbonisierung der Fernwärme.**“

MARKUS WITT | VICE PRESIDENT ASSET MANAGEMENT VATTENFALL



3,2 Mio. Tonnen

BRAUNKOHLE WURDEN BISHER JÄHRLICH ZUM HEIZ-KRAFTWERK KLINGENBERG TRANSPORTIERT UND DORT VERFEUERT.

600 Tsd. Tonnen CO₂

WERDEN MIT DER UMRÜSTUNG AUF ERDGAS JEDES JAHR IM KRAFTWERK EINGESPART.

100 Mio. €

HAT VATTENFALL IN DIE UMRÜSTUNG UND MODERNISIERUNG DES KRAFTWERKS INVESTIERT.

IM BRECHERTURM HERRSCHT JETZT STILLE

Einige der zum Teil lärmintensiven Tätigkeiten, die bis 2017 im Außenbereich des Kraftwerks stattfanden, sind seitdem Geschichte: Die Förderanlage, mit der die Kohle von der Anlieferung am Stichkanal abtransportiert wurde, ist nicht mehr in Betrieb. Auch im Brecherturm, in dem die Kohlebrocken früher von Fußball- auf Hühnergröße verkleinert wurden, herrscht jetzt Stille.

Vor allem bedeutete die Umstellung aber eine Generalüberholung für weite Teile der Kraftwerkstechnik: „Wir haben sämtliche Frischdampfleitungen ausgetauscht und die Rauchgaskanäle erneuert und verblendet“, berichtet Thorsten Melcher, der als Bauleiter den Kraftwerksumbau maßgeblich steuerte. „Bei den vier Dampferzeugern haben wir die Ventile und Armaturen ausgetauscht.“ Die



MARKUS WITT (LINKS) UND THORSTEN MELCHER VON VATTENFALL AN DER ERDGAS-EINSPEISEANLAGE AN EINER DER VIER BRENNKAMMERN IN KLINGENBERG.

Brenner selbst waren auch schon vor der Umstellung auf Erdgas auf dem aktuellen Stand der Technik.

Auch die gesamte Leittechnik wurde erneuert. „Früher haben die Kollegen Handarmaturen bedient, jetzt ist dort die modernste Rege-

lungstechnik eingebaut“, bemerkt Markus Witt. Früher dauerte es auch zwei bis drei Stunden, bis die Anlagentechnik hochgefahren war und mit der Wärme- und Stromerzeugung begonnen werden konnte. Dank der neuen Technik ist eine halbe Stunde eingespart



DIE STEUERUNGSTECHNIK IM KRAFTWERK WURDE IM ZUGE DER UMSTELLUNG AUF ERDGAS FAST KOMPLETT ERNEUERT.

worden. Und da mit Gas befeuerte Brennkammern in der Regel sofort von 0 auf 100 gefahren werden können, kann auch die gesamte Anlage wesentlich schneller als früher auf voller Leistung gefahren werden.

An der Gasführung auf dem Gelände wurde dagegen kaum etwas verändert, da Erdgas ja bereits zur Deckung von Bedarfsspitzen im Kraftwerk Klingenberg zum Einsatz kam. Die in den vier Kesseln erzeugte Wärme wird über das Fernwärmenetz zu den Haushalten transportiert, der mit den Turbinen erzeugte Strom ins Berliner Stromnetz eingespeist. Wenn 2020 die neue Gas- und Dampf-Anlage in Marzahn in Betrieb geht, werden die beiden Kraftwerke gemeinsam fast den gesamten Ostteil Berlins versorgen.

DEKARBONISIERUNG DER FERNWÄRME

Die Umstellung von Kohle auf Erdgas in Klingenberg bezeichnet Markus Witt als „Phase eins“. Der Erfolg lässt sich an verschiedenen Zahlen ablesen. Zum Beispiel: Bei der Erzeugung einer Kilowattstunde Strom aus Braunkohle fielen

etwa 1.000 Gramm CO₂ an. Eine Kilowattstunde Strom aus Erdgas „kostet“ dagegen nur 400 Gramm CO₂ – die spezifischen Emissionen sind also mehr als halbiert worden. Auf Jahr gerechnet bedeutet das eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 600.000 Tonnen. Hinzu kommen signifikante Einsparungen bei Feinstaub, Stickoxiden und Schwefeldioxid – bei der Erdgasverbrennung fallen diese Schadstoffe gar nicht oder in sehr geringen Mengen an.

In Phase zwei soll es darum gehen, „den Energieträger Erdgas schrittweise sauber zu kriegen“. Ab 2030, so schätzt Witt, könnte synthetisches grünes Gas aus der Power-to-Gas-Technologie in steigenden Mengen bereitstehen, so dass auch große Heiz-Kraftwerke wie Klingenberg oder Marzahn noch sauberer und weiterhin versorgungssicher betrieben werden können.

„Das wäre auch für uns als Vattenfall ein weiterer ganz wichtiger Schritt hin zu einer Dekarbonisierung der Fernwärme“, sagt er.

Nur eines wird es am Heiz-Kraftwerk Klingenberg aller Voraussicht nach nie wieder geben: eine eigene Badeanstalt. Bis in die 50er-Jahre hinein befand sich am Spreeufer das Städtische Flussbad Lichtenberg, ein großes Freibad unter anderem mit einem 100 Meter langen Sportbecken und 26.000 Quadratmetern Strandfläche. Beheizt wurde das Badewasser mit dem warmen Kühlwasser des benachbarten Kraftwerks. Bis das Wasser der Spree aber wieder bedenkenlos als Badewasser taugt, dürften noch sehr viele Jahre ins Land gehen. Die Umstellung des Heiz-Kraftwerks auf Erdgas ist auch dafür ein erster Schritt in eine saubere Zukunft.

2020 wird das nächste mit Erdgas betriebene Heiz-Kraftwerk in Betrieb gehen, diesmal in Marzahn.

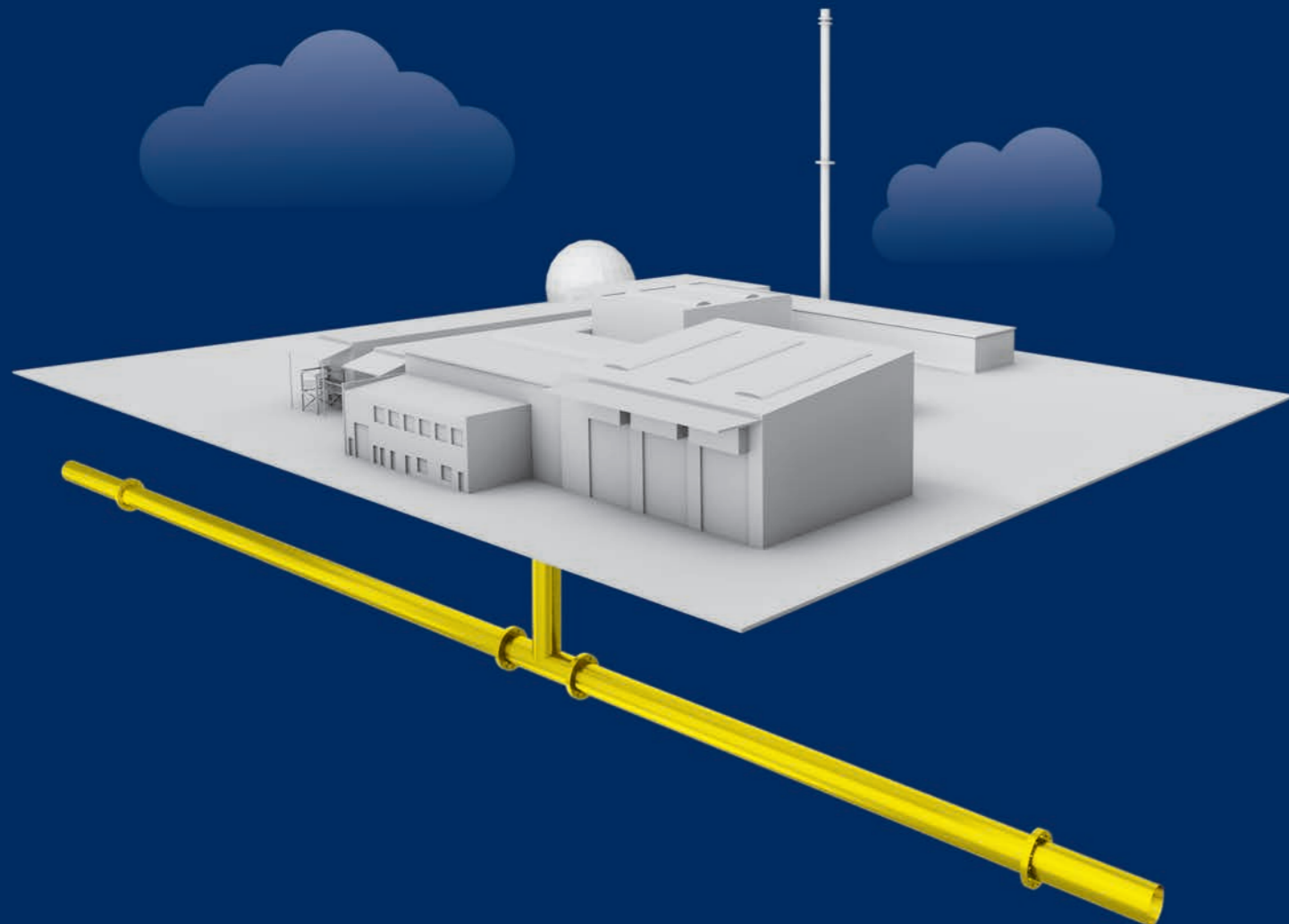


In Phase zwei wird es darum gehen, **den Energieträger Erdgas schrittweise sauber zu kriegen.**

02

Biogasanlage der BSR

DAS GASNETZ BRINGT GRÜNE ENERGIE ZU DEN VERBRAUCHERN UND ERMÖGLICHT KLIMASCHONENDE MOBILITÄT



DIE DOPPELT GRÜNE KREISLAUFWIRTSCHAFT

Die Fermentierung von Bioabfällen zur Erzeugung von Biogas ist nicht neu. Die Idee, mit dem daraus gewonnenen Biomethan genau die Fahrzeuge zu betanken, die das Biogas zur Anlage in Berlin-Ruhleben transportieren, dagegen schon. Für tausende Tonnen weniger CO₂ im Jahr setzt die Berliner Stadtreinigung unter anderem auf eine gründliche Voraufbereitung des angelieferten Materials.



DIE BIOGASANLAGE DER BERLINER STADTREINIGUNG IST SEIT 2013 IN BETRIEB. IM HINTERGRUND RECHTS: DAS HEIZ-KRAFTWERK REUTER WEST.



ALTLASTENSANIERUNG

Am Standort der Biogasanlage der BSR war im Zweiten Weltkrieg eine Panzerfabrik. Vor Baubeginn mussten größere Mengen kontaminierter Boden und Betonfundamente entsorgt werden.

150

MÜLLFAHRZEUGE DER BSR TANKEN BIOMETHAN AUS DER ANLAGE IN BERLIN-RUHLEBEN.

9.000

TONNEN CO₂ WERDEN DURCH DIE DOPPELTE KREISLAUFWIRTSCHAFT (SIEHE GRAFIK AUF SEITE 20) JEDES JAHR EINGESPART.

Thomas Rücker ist Projektleiter Bioabfall bei der Berliner Stadtreinigung (BSR). Im Interview beschreibt er die 2013 in Betrieb genommene Biogasanlage der BSR im Berliner Ortsteil Ruhleben und wie es mit der Anlage gelingt, eine doppelte nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu betreiben: einmal mit Biomethan, einmal mit Dünger.

Die Nutzung von Bioabfällen zur Erzeugung von Biogas und Biomethan ist in Deutschland

noch nicht sehr weit verbreitet. Warum hat sich die BSR auf diesen Pfad begeben?

Thomas Rücker: Die ersten Überlegungen gab es bei der BSR schon relativ bald nach der Jahrtausendwende. Mit der Entscheidung des Berliner Senats 2007 für ambitionierte Klimaschutzziele und für eine maximale Reduzierung der CO₂-Emissionen fiel dann der Startschuss für die konkrete Planung der Anlage. Unsere Anlage ist die einzige ihrer Art in Deutschland, mit der eine firmeneigene Lkw-Flotte versorgt wird.

Vergoren werden ausschließlich Bioabfälle, die in Berlin in der Braunen Tonne gesammelt werden.

Gab es vor Baubeginn und Inbetriebnahme größere Hürden, die Sie überwinden mussten?

Abgesehen von der Altlastsituation vor Ort (siehe Kasten Seite 17) mussten die Genehmigung und der Bau sowohl der Gasnetzzugangsstation der NBB als auch der Lagerbehälter für die flüssigen Gärreste bei den Landwirten so koordiniert werden, dass zur Inbetriebnahme der Biogasanlage 2013 auch alles bereit war. Der Bau der Anlage dauerte rund ein Jahr.

Eine Biogasanlage kann gelegentlich Gerüche erzeugen, die im Stadtgebiet nicht überall gut ankommen. Wie sind Sie damit umgegangen?

Die Reinigung der geruchsbeladenen Luft war eines der zentralen Themen bei der Planung. Dabei ging es auch darum, die Methan-Emissionen möglichst gering zu halten. Dies gelang uns durch die Installation einer Belüftung der Gärreste nach der Fermentierung in der sogenannten Aerobisierungshalle. Die gesamte Hallenabluft wird über einen zweistufigen Wäscher geführt, in dem die Gerüche zu 99 Prozent entfernt werden.



PER RADLADER WIRD DAS ANGELIEFERTE BIOGUT IN DIE SIEBTROMMEL GEGEBEN. DORT WERDEN KLEINE VON GROSSEN BESTANDTEILEN GETRENNT.



THOMAS RÜCKER | ABTEILUNGSLEITER BIOABFALL, BERLINER STADTREINIGUNG

Mit der Anlage verfolgen wir zwei große Ziele: **Energiegewinnung und die stoffliche Verwertung der Gärreste.**

Woher stammt das Biogut, mit dem die Anlage beschickt wird?

Das Ausgangsmaterial besteht ausschließlich aus dem, was in Berlin in der Braunen Tonne für Bioabfälle gesammelt wird. Jeden Tag werden etwa 300 Tonnen sogenannte Frischmasse in Spandau angeliefert. Aus dem Westteil der Stadt kommen die Müllfahrzeuge direkt zu uns, im Osten werden die Bioabfälle auf Umschlagplätzen von kleineren auf größere Fahrzeuge verteilt und dann nach Spandau transportiert. So sparen wir Fahrkilometer und Kraftstoff.

Was passiert mit den Bioabfällen, nachdem sie entladen wurden?

Sie werden per Radlader gemischt und in einer Dosiereinheit mechanisch so aufbereitet, dass ein gleichmäßiger Massefluss entsteht. Anschließend wird gesiebt, und zwar in einer Siebtrommel mit einer Maschenweite von 70 Millimetern. Was durchkommt, gelangt von dort aus direkt

in die Fermentation. Im Sieb-Zerkleinerungskreislauf wird das Material, das nicht durch die Maschen fällt, zerkleinert und anschließend vollautomatisch vom überwiegenden Teil der Störstoffe befreit. Wir haben zwei Überbandmagnete installiert, die eisenhaltige Störstoffe herausheben: Dosen, Drähte und gelegentlich auch Rosenscheren.

Warum haben Sie eine so umfangreiche Voraufbereitung?

In der Bioguttonne landen leider viele Fehlwürfe. Die müssen aussortiert werden, damit später die Gärreste beziehungsweise der Kompost auch in der Landwirtschaft eingesetzt werden können. Darüber hinaus ist die Zerkleinerung Voraussetzung für einen einwandfreien Stofftransport in der Anlage. Sie hilft uns beim Aufschluss des Materials im Fermenter und optimiert so den Biogasertrag.

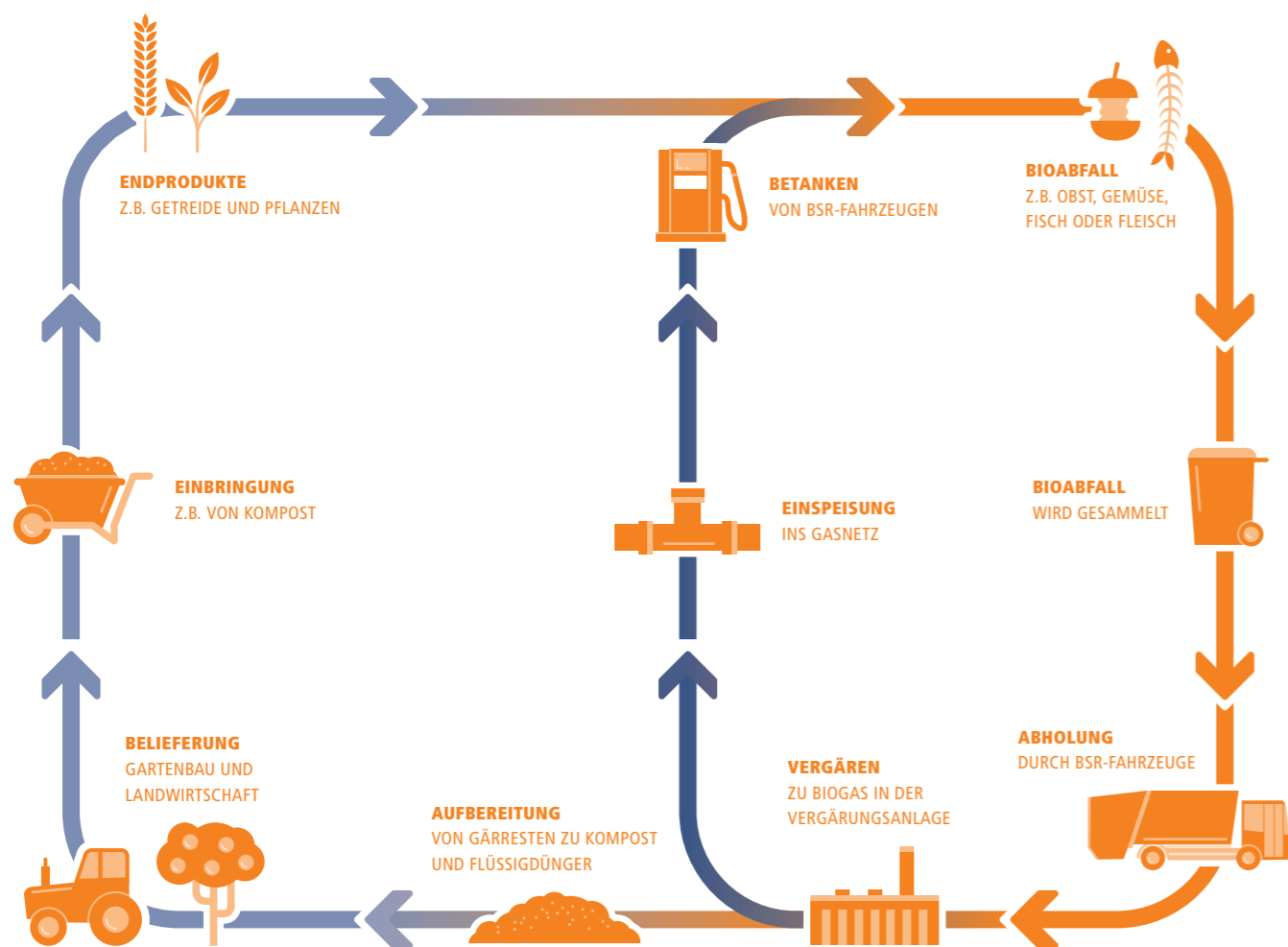
Die 55.000 Tonnen Gärrest, die in Ruhleben im Jahr anfallen, sind ein beliebter Dünger und Bodenverbesserer bei Brandenburgs Landwirten.

Was geschieht bei der Fermentation, also der Vergärung?

Wir arbeiten in unserer Anlage mit einer Trockenfermentation in einem sogenannten thermophilen Verfahren mit einer Temperatur von 53 bis 55 °C. Diese Temperatur ist deutlich höher als in Biogasanlagen, in denen zum Beispiel Maispflanzen vergoren werden. Dadurch werden die Gärreste gemäß den gesetzlichen Vorgaben hygienisiert, um zum Beispiel die Ausbreitung von Pflanzenbaukrankheiten zu verhindern. Das Material wandert innerhalb von 21 Tagen durch den Fermenter.

Wie gelangt das erzeugte Biogas ins Netz?

Das Biogas wird im Fermenter aufgefangen und anschließend gereinigt und aufbereitet. In der Netzeinspeisestation beginnt das Tätigkeitsgebiet der NBB: Die chemische Qualität wird gemessen, das Biogas wird verdichtet und nach der Methanisierung in die Gasnetzinfrastruktur



DIE DOPPELTE KREISLAUFWIRTSCHAFT: BIODÜNGER (LINKS) UND BIOMETHAN (RECHTS).



ÜBER DIE EINSPEISESTATION WIRD DAS AUS DEM BIOGAS ERZEUGTE BIOMETHAN IN DIE BERLINER GASNETZINFRASTRUKTUR EINGESPEIST.



DIE MENGE BIOMETHAN, DIE IN RUHLEBEN ERZEUGT WIRD, NUTZEN DIE BSR-MÜLLFAHRZEUGE ALS KRAFTSTOFF.

eingespeist. Durch die Qualitätsprüfung ist sichergestellt, dass das Biomethan von jeder Gasheizung, jedem Blockheizkraftwerk oder jedem Motor in einem Erdgasfahrzeug genutzt werden kann – unter anderem von den Motoren in 150 BSR-Abfallsammelfahrzeugen. Die Müllfahrzeuge, die die Bioabfälle zur Anlage transportieren, tanken also in der Anlage erzeugtes Biomethan. Eine solche nachhaltige Kreislaufwirtschaft ist für eine Großstadt schon besonders.

Wie viel CO₂ spart Ihre Anlage pro Jahr ein?

Mit dem Biomethan ersetzen wir jedes Jahr 2,5 Millionen Liter Dieselkraftstoff. Da Erdgasmotoren weniger CO₂ erzeugen als Diesel, sparen wir – in Kombination mit einer Reihe weiterer CO₂-reduzierender Maßnahmen – pro Jahr etwa 9.000 Tonnen Kohlendioxid ein. Der Kraftstoffbedarf der

150 Fahrzeuge – die Hälfte der gesamten BSR-Müllsammelflotte – ist nicht so hoch wie die Menge an Biomethan, die wir mit der Anlage erzeugen. Den Überschuss nutzen wir in unserem Blockheizkraftwerk am Betriebsstandort Nordring oder wir verkaufen ihn ganz normal als Ökogas.

Was passiert mit den festen und flüssigen Resten, die nach der Vergärung übrig bleiben?

Die jährlich rund 55.000 Tonnen festen und flüssigen Gärreste werden in der Anlage voneinander getrennt. Die festen Gärreste werden zu Kompost weiterverarbeitet. Die flüssigen Gärreste werden direkt als Flüssigdünger an die Landwirtschaft geliefert. Damit schaffen wir neben dem Biogaskreislauf eine zweite Kreislaufwirtschaft: Mit dem Dünger werden landwirtschaftliche Produkte erzeugt, deren Reste früher oder später wieder als

Bioabfall in unserer Anlage landen. Außerdem hat die in den Gärresten enthaltene Organik gerade auf den Sandböden in Brandenburg bodenverbessernde Eigenschaften. Dadurch wird zusätzlich CO₂ eingespart.

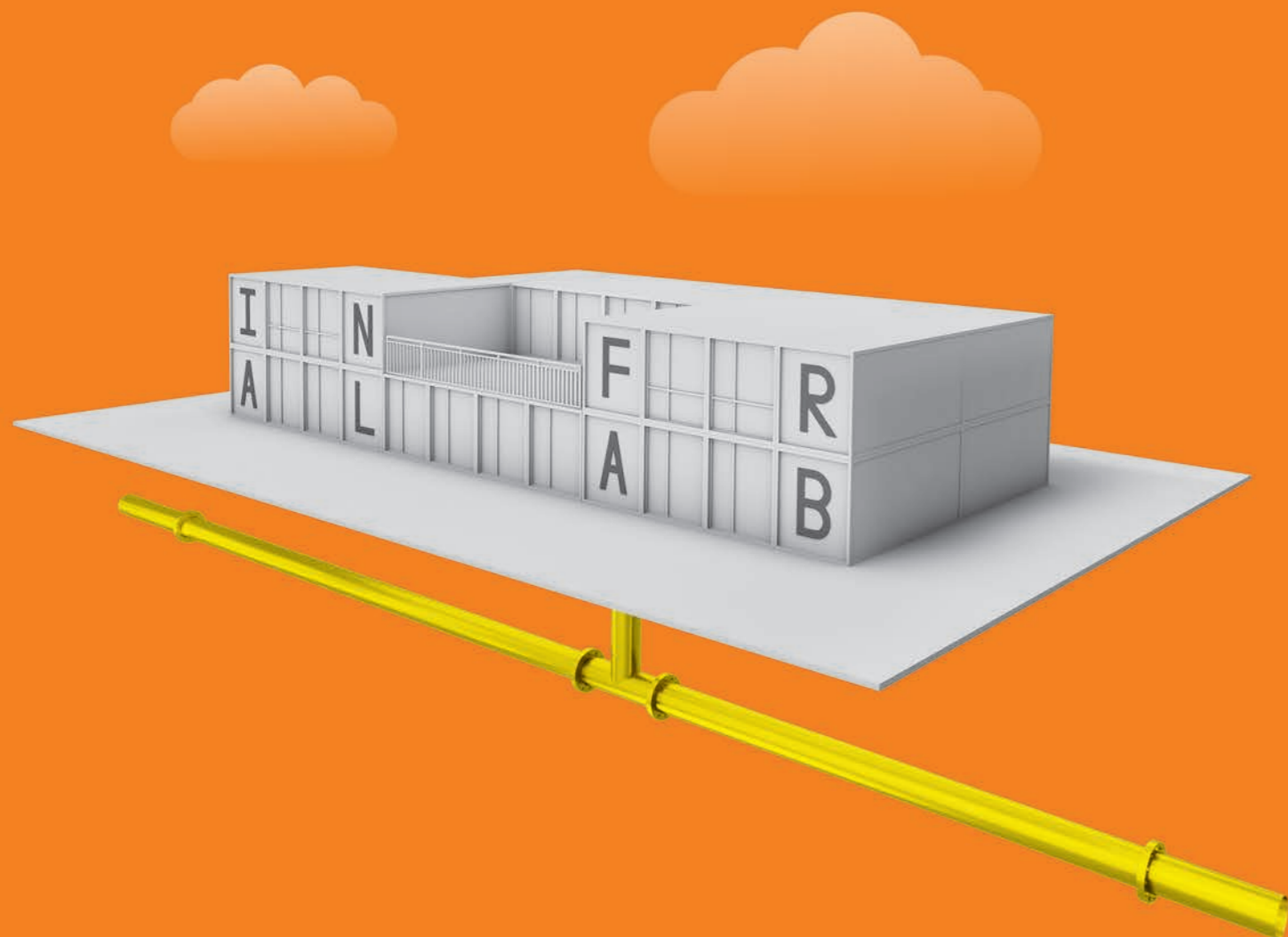
Die Anlage ist seit knapp fünf Jahren in Betrieb. Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?

Die 2014 erstellte Klimabilanz unserer Anlage und eine Netto-Klimaentlastung von 9.000 Tonnen CO₂ wurden bestätigt. Je mehr Biogas wir in der Anlage verarbeiten, desto besser die Bilanz. Bis 2017 haben wir unseren jährlichen Durchsatz von anfangs 60.000 auf 68.000 Tonnen steigern können. Die genehmigten 75.000 Tonnen werden wir demnächst erreichen und analog dazu eine Steigerung der CO₂-Einsparung erzielen. Zusammenfassend: Die Anlage läuft und sie läuft hervorragend.

03

InfraLab Berlin

DAS GASNETZ BILDET DIE BASIS FÜR INNOVATIVE FORSCHUNG IM BEREICH ENERGIE UND KLIMASCHUTZ



EIN ZUKUNFTSORT FÜR INFRASTRUKTUREN



DER EUREF-CAMPUS

Wer einen Blick in eine klimaneutrale Zukunft riskieren möchte, ist auf dem EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg richtig: Das Gelände mit dem charakteristischen Gasometer ist das erste klimaneutrale Quartier auf Berliner Stadtgebiet. Zahlreiche Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen aus den Bereichen Energie, Klimaschutz und smarte Technologien haben dort ihren Sitz. Das auf dem Campus installierte Smart Grid mit einer breiten Palette an Energieerzeugungsanlagen, -speichern und -verbrauchern wird von der Netzleitwarte der NBB im Hackeschen Quartier Berlin aus überwacht.

www.euref.de

Das Eckige muss ans Runde: Das scheint eine maßgebliche Idee bei der Planung des Gebäudes gewesen zu sein, in dem seit 2016 das InfraLab eine Heimat gefunden hat. Das kubische Gebäude mit quadratischen Fassadenelementen in dunkelgrüner Kastenoptik harmoniert von der Form her eher wenig mit dem

Um die Infrastrukturen für Energie und Verkehr smart zu machen, holen sich ihre Betreiber an einem speziellen Ort des Austauschs Ideenzufuhr aus der Start-up-Szene.



großzügig geschwungenen Gasometer auf dem EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg, an den es etwas ungenau andockt. Aber das Kombinieren von auf den ersten Blick widersprüchlich wirkenden Strukturen ist genau genommen Sinn und Zweck des InfraLabs. Denn Ziel ist es, das InfraLab in ein innovatives und kreatives Netzwerk zu verwandeln, das verschiedene Projekte für ein klimaneutrales und lebenswertes Berlin bündelt.

Das Gebäude wurde 2011 errichtet. Bis 2015 nutzte die Produktion der Talkshow „Günther Jauch“ die Räume. Nach ihrem Auszug und einigen Umbauten wurde das nun

in InfraLab umgetaufte Gebäude mit einem neuen Sinn gefüllt: Seit Ende 2016 ist es der Sitz eines Ideenlabors, in dem Infrastrukturbetreiber an der Modernisierung und Verknüpfung des Transports von Energie, Wasser, Abfällen und Personen arbeiten und vor allem arbeiten lassen.

Alle Betreiber von wichtigen Infrastrukturen in Berlin sind Partner im InfraLab: die Berliner Stadtreinigung, die Berliner Verkehrsbetriebe, die Berliner Wasserbetriebe, Vattenfall mit den Töchtern Vattenfall Wärme Berlin und Stromnetz Berlin oder das Wasser-, Entsorgungs- und Energiemanagement-



IDEENAUSTAUSCH ZWISCHEN VERSCHIEDENEN START-UP-PROJEKTEN IM INFRALAB.

unternehmen Veolia. Die NBB ist gemeinsam mit der GASAG AG ebenfalls einer der Partner des InfraLabs.

„Mit dem InfraLab hat das Land Berlin einen einzigartigen Zukunftsort gewonnen, an dem die Stadt der Zukunft von denen entwickelt wird, die die Stadt von heute am Laufen halten“, formulierte Ramona Pop, Berlins Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, anlässlich der Einweihung.

INFRASTRUKTUREN AUFSCHLAUEN

Die Stadt der Zukunft wird anders aussehen als die von heute. Und sie wird sich auch an Orten verändern, die man als normaler Bewohner nicht unbedingt zu sehen bekommt, zum Beispiel in ihren Infrastrukturen für Gas, Strom oder Wasser.

Dass Wohnungen mit intelligenten Technologien aufgerüstet werden (Smart Home), ist mittlerweile nichts Neues mehr. Dass aber auch ganze Städte und ihre Infrastrukturen sozusagen aufgeschlaut werden und damit ihre Benutzbarkeit erhöht wird, ist noch ein relativ neues Konzept – und für eine riesige Stadt wie Berlin noch einmal eine spezielle Herausforderung.

„Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Infrastrukturbetreiber im InfraLab spartenübergreifend zusammenarbeiten. Denn eine Smart City erhöht nur dann die Lebensqualität ihrer Bewohner, wenn es sich nicht um vereinzelte kleine Maßnahmen handelt, sondern wenn die Stadt, ihre Strukturen und ihre Menschen ganzheitlich betrachtet werden“, sagt Thorsten Schulz, Digital Unit Manager im CIO-Bereich bei der GASAG.

Schulz hält für die NBB den Kontakt zu den InfraLab-Start-ups und zu den übrigen am InfraLab beteiligten Infrastrukturbetreibern. Aufgabe ist es hierbei, die für die NBB interessanten Zukunftsthemen zu erkennen und die Möglichkeiten und Interessen der NBB in die Projektideen zu integrieren.

Die Infrastrukturbetreiber nutzen die 16 Räume des InfraLabs einerseits, damit Start-up-Unternehmen, die für eine klimaneutrale Zukunft auch der städtischen Infrastrukturen relevante Projekte erforschen und entwickeln, einen Ort haben, an dem sie arbeiten und sich mit anderen Ideenschmiedern und mit den Infrastrukturbetreibern selbst austauschen können. Diese Projekte sind außerordentlich vielfältig: Die Start-

3 Jahre

DAS INFRALAB IST ZUNÄCHST FÜR 36 MONATE ANGEMietet. EINE VERLÄNGERUNG IST NICHT AUSGESCHLOSSEN.

12 Monate

FÜR EIN JAHR MIETEN SICH START-UPS KOSTENLOS IM INFRALAB EIN UND NUTZEN AUCH DIE INFRASTRUKTUR, VON DER PRÄSENTATIONSTECHNIK BIS ZUM KAFFEEAUTOMATEN.

16 Räume

DIE MODULE IM INFRALAB SIND VERSCHIEDEN GROSS.

ups beschäftigen sich mit zahlreichen Ideen in den Bereichen Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Mobilität oder Digitalisierung.

Andererseits nutzt auch die NBB das InfraLab sozusagen als Rückzugsort, an dem sich Projektgruppen außerhalb der gewohnten Arbeitsumgebung zusammenfinden und gemeinsam Ideen entwickeln können. Einige Arbeitsgruppen des internen Erneuerungsprojekts „NBB formt Zukunft“ (siehe Geschäftsbericht 2016) haben sich des Öfteren in dem grünen Containergebäude getroffen.

SPARTENÜBERGREIFENDE PROJEKTE

Darüber hinaus kommen die beteiligten Infrastrukturbetreiber auch zu branchen- und spartenübergreifenden Terminen im InfraLab zusammen und tauschen sich zu aktuellen Themen und Projekten aus. Dazu gehört beispiels-

weise die Gründung von Energieeffizienz-Netzwerken: „Wir wollen gemeinsam Effizienzziele festschreiben und die Erreichung dieser Ziele bei den einzelnen Mitgliedsunternehmen kontinuierlich beobachten“, erklärt Thorsten Schulz. „So bekommen wir gemeinsam ein klares Bild, welche Effizienzmaßnahmen was bewegen.“ Die Erkenntnisse können dann alle beteiligten Infrastrukturbetreiber für ihr Unternehmen adaptieren und anwenden.

Für die Infrastrukturbetreiber sind Daten wichtig, und dazu gehört eine effiziente und zuverlässige Datenübertragung. Im InfraLab diskutieren die Infrastrukturbetreiber zum Beispiel, welche Technologie für eine Übertragung von Infrastrukturdaten am besten geeignet ist. Denn in Zukunft funkt womöglich der Abfallcontainer im Hinterhof an die BSR, dass er in Kürze geleert werden muss.

Für die NBB wird die Datenübertragung spätestens dann relevant, wenn in einigen Jahren der Gasverbrauch in Haushalten und Betrieben nicht mehr vom klassischen Standardzähler, sondern von intelligenten Messeinrichtungen wie zum Beispiel Smart Metern gemessen wird. Auch ein gemeinsamer Fahrzeugpool aller Infrastruktur-Unternehmen ist als ein Ergebnis der übergreifenden Kooperation im InfraLab in der Planung.

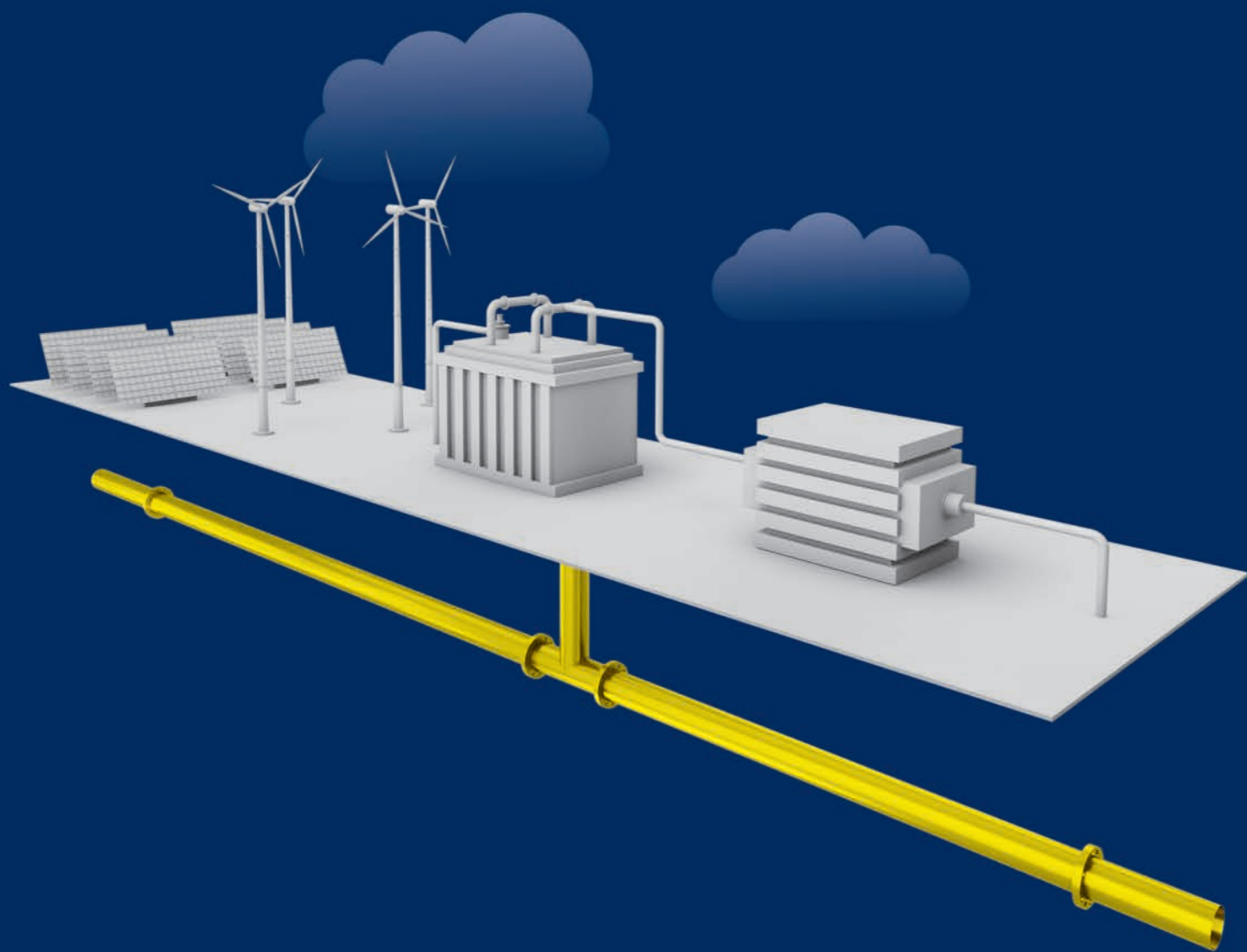
„Dass Projekte nicht zu den womöglich erhofften Ergebnissen führen, ist durchaus einkalkuliert“, sagt Thorsten Schulz. Ein Test mit Klimasensoren, die gleichzeitig Feinstaub, Stickoxide oder CO₂ messen und so zeigen sollten, welche Stadtteile besonders mit Luftschadstoffen und Partikeln belastet sind, verlief nicht erfolgreich. „Die Technologie ist offenbar noch nicht weit genug. Aber das ist auch eine Erkenntnis, auf deren Basis man weiter gemeinsam an funktionierenden Lösungen arbeiten kann.“

Scheitern ist keine Schande: Auch die Erkenntnis, dass eine Technologie noch nicht wie gewünscht funktioniert, hilft den Infrastrukturbetreibern weiter.

04

Power-to-Gas

DAS GASNETZ BILDET DAS RÜCKGRAT FÜR DIE ENERGIEVERSORGUNG DER ZUKUNFT



DIE LÖSUNG FÜR EINE DER GROSSEN FRAGEN DER ENERGIEWENDE

Wie können erneuerbare Energien gespeichert und zum Beispiel aus dem Umland in die Metropole Berlin transportiert und dort nutzbar gemacht werden? Eine vielversprechende Lösung heißt Power-to-Gas. Doch bis diese Technologie zu vernünftigen Bedingungen genutzt werden kann, sind noch einige Hürden zu nehmen – vor allem regulatorische. Carsten Döring, bei der NBB zuständig für Regulierung, Recht und externe Kommunikation, erläutert die Hintergründe.

Am Neujahrsmorgen 2018 um 06:00 Uhr in der Früh hat sich Deutschland zum ersten Mal

zu 100 Prozent mit Strom aus erneuerbaren Quellen versorgt. Ist das ein Grund zur Freude?

Carsten Döring: Natürlich. Es zeigt, dass auch an kalten Wintertagen zu einem Zeitpunkt vor Sonnenaufgang bei günstigen Windbedingungen der verbrauchte Strom komplett aus erneuerbaren Quellen

zur Verfügung gestellt werden kann. Die reine Stromerzeugung ist offensichtlich auf einem guten Weg.

Die Energiewende funktioniert also?

Leider höchstens zum Teil. Es hilft nicht weiter, die Stromerzeugung isoliert zu betrachten. Am Neujahrsmorgen um 06:00 Uhr wird der Wärmebedarf in Deutschland deutlich höher gewesen sein als der Strombedarf: Kaffee- oder



ELEKTROLYSE

Die Elektrolyse von Wasser ist das Kernverfahren der Power-to-Gas-Technologie. Dabei wird das Wasser mit Hilfe von Überschussstrom aus erneuerbarer Erzeugung in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt:



Der Wasserstoff kann direkt oder nach einer Methanisierung in die Gasnetzinfrastruktur eingespeist werden. Mehr zur Technologie erfahren Sie auf Seite 33.



Waschmaschinen waren am Morgen nach Silvester vermutlich nicht in nennenswerter Anzahl in Betrieb. Aber sehr wahrscheinlich waren in den allermeisten Haushalten die Heizkörper warm. Und davon, dass auch der Wärmebedarf aus erneuerbarer Erzeugung gedeckt werden kann, sind wir noch sehr, sehr weit entfernt.



Weshalb sind wir davon noch so weit entfernt?

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Der Wärmemarkt ist häufig kein so großes Thema in der Diskussion um die Energiewende, zum Beispiel weil die Versorgung funktioniert und unauffällig ist, Gasmangellagen oder Ähnliches sind absolute Seltenheiten. Für die Verbraucher ist das prima. Aber es führt eben auch dazu, dass die Aufmerksamkeit für den Wärmemarkt geringer ausgeprägt ist. Der Strommarkt mit seinen Windparks, Solaranlagen und Hochspannungsmasten lässt sich im Alltag auch viel leichter wahrnehmen. Das klingt banal, aber man darf diese optische Wirkung auch auf die Politik nicht unterschätzen.

Worin unterscheidet sich der Strommarkt regulatorisch vom Wärmemarkt?

Im Wärmemarkt herrscht Wettbewerb zwischen verschiedenen Energieträgern, vorwiegend zwischen Gas, Strom, Heizöl und Pellet-Heizungen. Im Strommarkt dagegen geht es ausschließlich

um Strom. Unter anderem deshalb fällt es regulatorisch auch leichter, den Strompreis mit Abgaben wie Netzentgelten oder mit Steuern zu bestücken.

Power-to-Gas gilt als eine Technologie, die erneuerbare Energien auch für den Wärmemarkt verfügbar machen kann.

Power-to-Gas bietet eigentlich nur Vorteile: Die Technologie ist erfolgreich erprobt, der technische Reifegrad ist erfreulich hoch. Mit Power-to-Gas können wir weitgehend auf existierende Infrastrukturen zurückgreifen, namentlich auf die Gasnetzinfrastruktur. Und drittens bedeutet Power-to-Gas im Vergleich zu anderen technischen Lösungen sehr viel geringere Kosten, sowohl aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive als auch für den einzelnen Verbraucher.

Die NBB hat gemeinsam mit verschiedenen Partnern eine Analyse zur Entwicklung von Power-to-Gas-Anlagen in Brandenburg in Auftrag gegeben.

Wir haben gemeinsam mit dem Stromverteilernetzbetreiber Mitnetz Strom und dem Ferngasnetzbetreiber ONTRAS Gastransport GmbH erforschen lassen, welche Standorte im Süden und Südosten Brandenburgs grundsätzlich für Power-to-Gas-Anlagen in Frage kommen. Die Ergebnisse stimmen uns zuversichtlich, denn es gibt in der Region eine Reihe von Flächen in praktikabler Nähe zu Strom- und Gasleitungen. Das heißt: Überschussstrom aus erneuerbaren

29

POWER-TO-GAS-PILOTANLAGEN SIND DERZEIT IN DEUTSCHLAND IN BETRIEB.

234

TERAWATTSTUNDEN SPEICHERKAPAZITÄT HABEN ALLEIN DIE 51 GASSPEICHER IN DEUTSCHLAND. WÜRDEN DIESE ENERGIEMENGE VERSTROMT, WÄRE DIE STROMVERSORUNG IN DEUTSCHLAND ÜBER ZWEI MONATE LANG SICHERGESTELLT.

Es gibt in Brandenburg eine Reihe von Flächen in praktikabler Nähe zu Strom- und Gasleitungen.

Quellen könnte zum großen Teil über bereits vorhandene Leitungen dorthin transportiert werden, der erzeugte Wasserstoff bzw. das erzeugte synthetische Gas könnten in die Gasnetzinfrastruktur eingespeist und abtransportiert werden.

Was wären die Aufgaben der NBB im Zusammenhang mit Power-to-Gas?

Ein Ferngasnetzbetreiber wie ONTRAS ist in der Lage, den in der Power-to-Gas-Anlage erzeugten Wasserstoff direkt in sein Netz einzuspeisen, weil das Ferngasnetz über die entsprechende Leitungskapazität verfügt und sich der Wasserstoff dort mit dem im Netz in großer Menge vorhandenen

Methan vermischt. Vor einer Einspeisung in das Gasverteilnetz auf kommunaler Ebene muss der Wasserstoff methanisiert werden, damit das Gas, das beim Kunden ankommt, die notwendige chemische Qualität besitzt. Diese Aufgabe könnten wir als NBB in unseren Netzgebieten ohne weiteres übernehmen. Wir haben aus der Aufbereitung von Biogas in den an unser Netz angeschlossenen Biomethan-Anlagen reichlich Erfahrung bei diesem Thema. Wir wären technisch auch absolut in der Lage, Power-to-Gas-Anlagen zu betreiben, aber wir dürfen dies aus regulatorischen Gründen nicht: Unsere Aufgabe besteht ausschließlich im Gastransport, nicht in der Erzeugung von Energie.

Welche Auswirkungen hätte eine Power-to-Gas-Anlage auf ihre Umgebung?

Die Lärm- oder Emissionsbelastungen sind minimal. Die mehr als 20 Pilotanlagen in Deutschland, die zum Teil seit Jahren in Betrieb sind, haben gezeigt: Power-to-Gas ist weitestgehend emissionsfrei und kommt auch ohne nennenswerten Fahrzeugverkehr aus. Strom und Gas und auch das CO₂, das für die Methanisierung des Wasserstoffs genutzt wird, werden über Leitungen transportiert.



VON HIER KOMMT DIE ENERGIE: CARSTEN DÖRING (NBB) IN EINEM SOLARPARK IM SÜDOSTEN BRANDENBURGS

Welche Vorteile können Power-to-Gas-Anlagen ihrem Standort bringen?

Das beauftragte Institut der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus hat unter anderem in der Lausitz nach möglichen Power-to-Gas-Standorten gesucht und sie bewertet. Die Lausitz hat einerseits eine lange zurückliegende Tradition der Gasförderung. In energiewirtschaftlichen Zusammenhängen kennt man sie andererseits natürlich als wichtigen Standort der Braunkohleförderung. Dieses Kapitel wird aber bald zu Ende gehen. Mit der Power-to-Gas-Technologie können wir nicht nur der Energieversorgung, sondern auch den Menschen in der Region eine neue und vielversprechende Perspektive geben.

Ist die Gasnetzinfrastruktur überhaupt dazu in der Lage, so viel Energie zu transportieren?

Die Gasnetzinfrastruktur in Deutschland hat eine Speicherkapazität von derzeit 234 Milliarden Kilowattstunden. Mit dem Gasnetz können wir heute etwa doppelt so viel Energie transportieren wie mit dem Stromnetz. Ein großer Teil des regenerativen Stroms, der nicht über die Stromnetze transportiert werden kann, könnte über Power-to-Gas ins Gasnetz eingespeist werden. Eine Elektrifizierung des Wärmemarkts, die aus unserer



Sicht technisch ohnehin höchst zweifelhaft ist, wäre dann gar nicht notwendig.

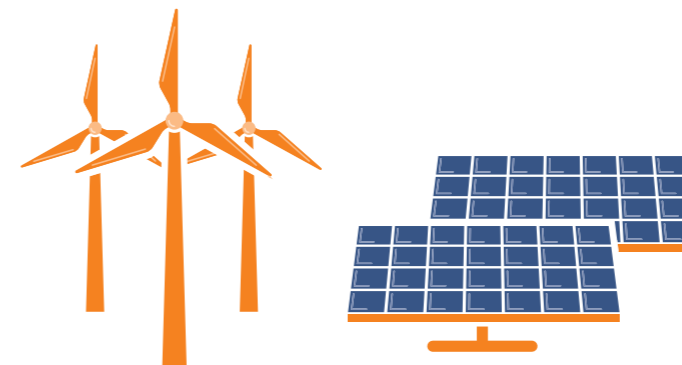
Welche Vorteile bietet denn das Gasnetz?

Die Gasnetzinfrastruktur hat zum Beispiel den einfachen, aber nicht unwichtigen Vorteil, dass sie bereits in der nötigen Kapazität vorhanden ist und nicht erst massiv ausgebaut und ertüchtigt werden muss. Wenn es uns gelingt, das heute noch fossile Erdgas mittelfristig durch erneuerbares CO₂-neutrales Gas unter anderem aus der Power-to-Gas-Technologie zu ersetzen, dann müsste in Deutschland kaum eine Heizungsanlage ausgetauscht werden.

Die Gasnetzinfrastruktur hat den nicht unwichtigen Vorteil, dass sie bereits in der nötigen Kapazität vorhanden ist und nicht erst massiv ausgebaut und ertüchtigt werden muss.

Könnte es nicht gelingen, den Ausbau des Stromnetzes so zu forcieren, dass der regenerative Strom ohne den Umweg über Power-to-Gas zu den Verbrauchern gelangt?

Wir haben bei den ersten größeren Ausbauprojekten im Übertragungsnetz gesehen: Die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten reagiert häufig nur wenig begeistert, wenn Strommasten in der Nähe ihrer Wohnhäuser errichtet werden sollen. Also werden die neuen Übertragungsnetze jetzt über weite Strecken unterirdisch verlegt, was die Kosten je Kilometer Leitung in etwa verfünffacht. Diese Aufgabe wird also nicht nur technisch sehr komplex, sie wird auch immens teuer. Das Gasnetz könnte unter anderem dem Übertragungsnetz einen Teil dieser Aufgabe abnehmen. Die entsprechenden Berechnungen liegen vor. Leider werden sie kaum zur Kenntnis genommen.



Das betrifft die Übertragungsnetze. Wie sieht es bei den Stromverteilnetzen aus?

Auch hier wäre der Ausbaubedarf enorm. Der Wärmebedarf einer Stadt wie Berlin ist an einem durchschnittlichen Wintertag zwölf Mal so hoch wie im Sommer. Selbst wenn die Stromleitungen im Stadtgebiet aufgerüstet würden: Die Energiemenge, die wir bräuchten, um in Berlin alle 1,9 Millionen Wohnungen bei Temperaturen von minus zehn Grad über elektrische Wärmepumpen zu beheizen, kann auch kein noch so gut ausgebautes Stromnetz transportieren. Das gelingt nur über das Gasnetz und zum Teil über das Fernwärmenetz. In denselben Straßen, die für eine ertüchtigung des Stromnetzes aufgraben werden müssten, liegt häufig bereits eine Gasleitung, die in der Regel hinsichtlich der transportierbaren Energiemenge eine deutlich höhere Kapazität besitzt.

Haben Sie keine Hoffnung, dass eine Elektrifizierung des Wärmemarkts gelingen könnte?

Bei Außentemperaturen von minus zehn Grad würden die Stromverteilnetze ihre Belastungsgrenzen überschreiten. Die elektrischen Wärmepumpen würden nicht versorgt, viele Wohnungen blieben kalt. Das würde den Mieter einer Ein-Zimmer-Wohnung in Neukölln übrigens genauso treffen wie den Villenbesitzer in Zehlendorf. Insofern – um einen Begriff aus dem regulierten Netzbetrieb zu benutzen – ist Kälte diskriminierungsfrei. Hinzu kommt: Die Umstellung des Mobilitätssektors auf E-Autos und die gleichzeitige Elektrifizierung des Wärmemarkts wäre technisch noch einmal herausfordernder und zweitens mit Kosten verbunden, die sich die Gesellschaft einfach nicht leisten kann. Eine Elektrifizierung des Wärmemarkts bedeutet drittens auch: Bedeutende Teile der Finanzierung würden den Hauseigentümern bzw. über Umlagen den Mietern überlassen, zum Beispiel der Einbau von elektrischen Wärmepumpen, verbunden mit vermutlich komplizierten Förderregelungen. Power-to-Gas bietet dagegen eine Lösung auf infrastruktureller Ebene: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen die Aufgabe als Ganzes. Mir scheint das der deutlich sinnvollere Weg zu sein.

Gibt es bei Power-to-Gas technische Hemmnisse?

Power-to-Gas ist keine besonders schwierige und eine absolut beherrschbare Technologie. Das Kernverfahren der Elektrolyse – also die Aufspaltung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff – ist bereits seit dem Jahr 1800 bekannt. Die Pilotanlagen, die in den letzten Jahren errichtet wurden, haben die technische Machbarkeit bewiesen und hinsichtlich der Wirkungsgrade die Erwartungen zum Teil übertroffen.

Jede Energieumwandlung bedeutet einen Wirkungsgradverlust. Wie lässt sich dieser Effekt bei Power-to-Gas-Anlagen reduzieren?

Das hängt unter anderem mit der Größe der eingesetzten Elektrolysatoren zusammen. Größere Anlagen erreichen Wirkungsgrade von mehr als 80 Prozent. Einen Wirkungsgrad von 100 Prozent werden wir auch mit dieser Technologie nicht erzielen. Aber sie nicht zu nutzen, würde nach heutigem Stand und auch nach dem Stand von morgen bedeuten, dass wir bei einem Über-

Power-to-Gas bietet eine Lösung auf infrastruktureller Ebene: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen die Aufgabe als Ganzes.

angebot an Strom vor allem Windkraftanlagen massiv vom Netz nehmen müssten. Das erleben wir an windreichen Tagen zum Teil heute schon. Für dieses Abregeln werden die Anlagenbetreiber natürlich finanziell entschädigt. 80 Prozent Wirkungsgrad sind doch deutlich erfreulicher als 0 Prozent, wenn der überschüssige Strom nicht genutzt werden kann und deshalb zum Beispiel Windräder abgeschaltet werden müssen.

Gibt es Alternativen zum Abregeln von Windkraftanlagen?

Ja, aber die bereiten auch nur bedingt Freude. Aus Deutschland musste bereits mehrfach Überschussstrom zu Negativpreisen ins Ausland verkauft werden. Das bedeutet: Ein deutsches Unternehmen zahlt einem Netzbetreiber zum Beispiel in Frankreich, Tschechien oder Österreich Geld dafür, dass der Strom, den wir in Deutschland nicht verbrauchen können, von dort abgenommen wird. Die durch den Negativpreis entstehenden Kosten trägt am Ende der Verbraucher in Deutschland über das in seinem Strompreis enthaltene Netzentgelt. Ist das etwa wirtschaftlich?

Was fehlt, um die Power-to-Gas-Technologie wirtschaftlich zu machen?

Die regulatorischen Rahmenbedingungen sind momentan wirklich große Hemmnisse. Power-to-Gas-Anlagen sind vom Gesetzgeber als sogenannte Letztverbraucher eingestuft, auch wenn sie den Strom, den sie nutzen, stark vereinfacht gesprochen in Wasserstoff oder Methan umwandeln. Dementsprechend zahlen Betreiber solcher Anlagen alle Abgaben auf den Strompreis, den zum Beispiel auch Eigenheimbesitzer

zahlen. Dazu gehören die Stromsteuer, die EEG-Umlage und zum Teil auch die Netzentgelte. Die Fülle an Steuern und Abgaben verhindert derzeit den wirtschaftlichen Betrieb von Power-to-Gas-Anlagen.

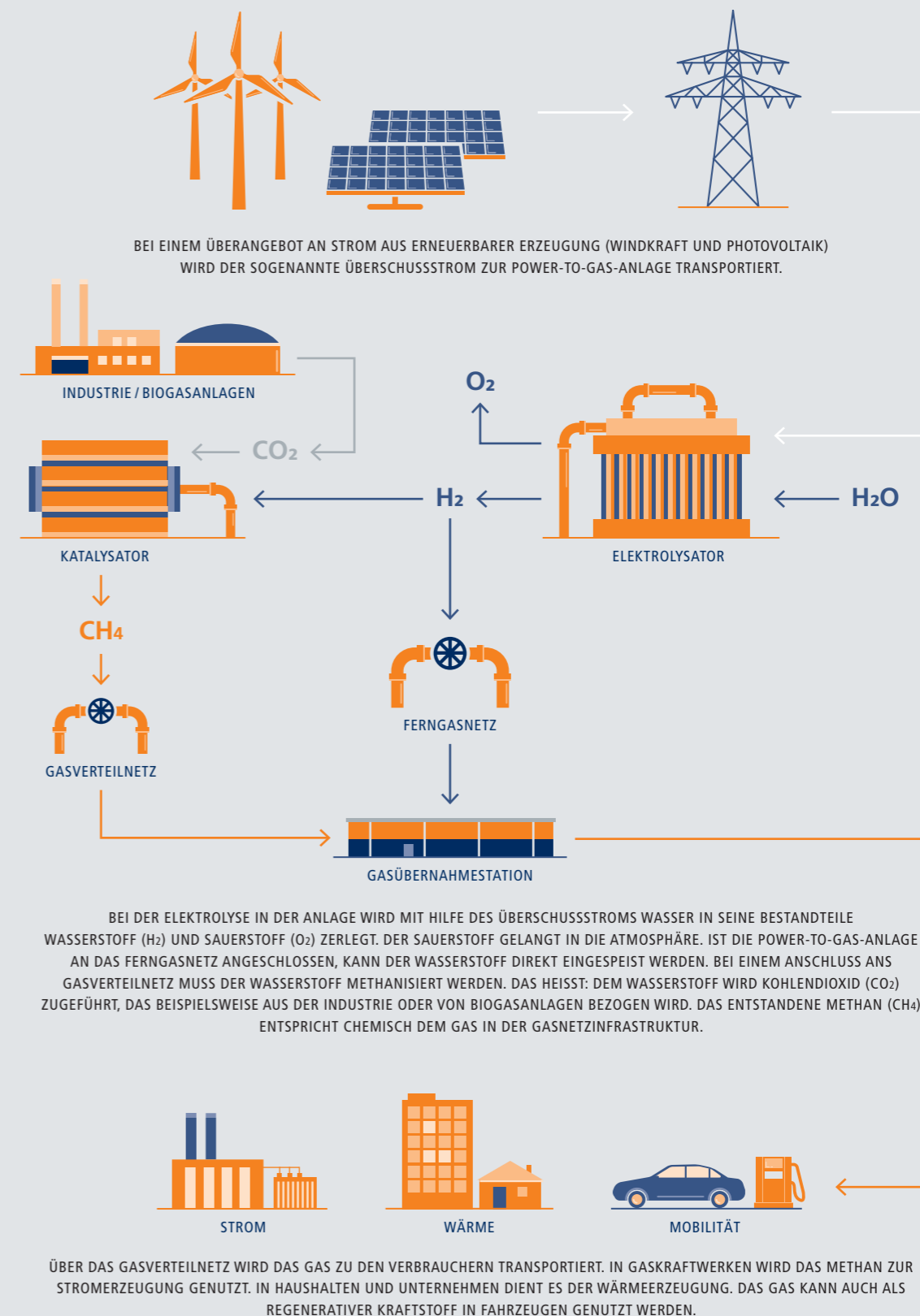
Zusammenfassend: Was spricht für die Nutzung von Power-to-Gas im Vergleich zu einer Elektrifizierung des Wärmemarkts?

Ganz einfach gesagt: Power-to-Gas wäre in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung viel günstiger als eine Elektrifizierung des Wärmemarkts. Ich kann mir aus der Sicht des Gasnetzbetriebs nicht vorstellen, dass ein strombasierter Wärmemarkt bezahlbar wäre. Wir als NBB und die gesamte deutsche Gaswirtschaft unterstützen die Energiewende. Mit Power-to-Gas und der Gasnetzinfrastruktur haben wir eine praktikable und unter den richtigen Bedingungen auch wirtschaftliche Lösung, mit der wir eine der großen Fragen der Energiewende – die Speicherung und den Transport regenerativer Energie – relativ schnell und vor allem zu ökonomisch vernünftigen Konditionen beantworten können.

Mit diesen Argumenten finden Sie bislang noch nicht überall Gehör.

Deshalb werden wir diese Geschichte noch sehr oft und sehr lange erzählen. Aber wir werden das gerne tun, weil wir von ihr überzeugt sind.

Mit Ökostrom entsteht grünes Gas



2017

LAGEBERICHT DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG



INHALT

36 1. Grundlagen des Unternehmens

36 Geschäftsmodell

37 2. Wirtschaftsbericht

37 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2.2 Energiepolitische und rechtliche Rahmenbedingungen
 2.3 Geschäftsverlauf
 40 2.4 Tätigkeitsabschluss Verteilung

41 3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

41 3.1 Ertragslage
 43 3.2 Finanzlage
 3.2.1 Kapitalstruktur
 3.2.2 Liquidität
 44 3.3 Vermögenslage
 45 3.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

45 4. Chancenbericht

46 5. Risikobericht

48 6. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin (nachfolgend NBB genannt) ist eine der größten örtlichen Erdgasverteilernetzbetreiberinnen bundesweit. Sie sorgt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für einen technisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb der Gasverteilung in Berlin und großen Teilen Brandenburgs bis nach Sachsen und Sachsen-Anhalt hinein. Zu den Kernaufgaben der NBB zählen die Durchführung des sicheren, störungsfreien und effizienten Netzbetriebs, die Instandhaltung und der Ausbau der Leitungsnetzinfrastruktur, die Sicherstellung und Abwicklung des Netzzugangs und der Netzdurchleitung sowie die Überwachung beziehungsweise Steuerung von Dienstleistern. Darüber hinaus sind auch die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter, die technische und kaufmännische Beratung, die Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Erbringung sonstiger technischer Dienstleistungen Gegenstand der NBB.

Die NBB verfügt über ein Kapital von 1.000 Tsd. €, an dem zum 31. Dezember 2017 die GASAG AG, Berlin (nachfolgend GASAG genannt) zu 80,5 %, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam (nachfolgend EMB genannt) zu 16,5 % und die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus (nachfolgend SpreeGas genannt) zu 3,0 % als Kommanditistinnen beteiligt sind.

Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich ist. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt.

Die Nutzungsrechte an der jeweiligen Netzinfrastruktur der Gesellschafter GASAG, EMB und SpreeGas wurden durch Abschluss von Pachtverträgen auf die NBB übertragen. Darüber hinaus bestehen Pachtverträge für vier weitere Netzgebiete. Am 1. Januar 2017 wurde außerdem ein neuer Pachtvertrag mit der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf geschlossen. Mit den Pachtverträgen erwarb die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Für die Zählpunkte in diesen Netzgebieten ist die NBB grundzuständige Messstellenbetreiberin. Den Messstellenbetrieb übernimmt die GASAG Solution Plus GmbH, Berlin (nachfolgend GSP genannt, bis zum 31. März 2017 umetriq Metering Services GmbH, Berlin) im Rahmen eines Dienstleistungsverhältnisses.

Des Weiteren ist die NBB als Betriebsführerin in den Sparten Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages von der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz) (nachfolgend NFL genannt) und der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz) mit der Durchführung des operativen technischen Betriebs beauftragt.

Die NBB agiert dabei im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie des Umweltmanagementsystems gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 14001. Darüber hinaus verfügt die NBB über ein integriertes Technisches Sicherheitsmanagement (TSM) in der Sparte Gas nach DVGW Arbeitsblatt G1000 und in der Sparte Strom nach VDE-AR-N 4001 (S1000). Auch im Berichtsjahr 2017 wurden die entsprechenden Überwachungsaudits erfolgreich bestanden.

Im Berichtsjahr wurde die NBB außerdem erfolgreich für das für Energienetzbetreiber verpflichtende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) nach DIN ISO 27001/27019 zertifiziert, was der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) bis 31. Januar 2018 nachzuweisen war.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat ihren Wachstumskurs weiter fortgesetzt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm gemäß Statistischem Bundesamt im Jahr 2017 um 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr zu. Dies beruht im Wesentlichen auf einem Anstieg des Konsums der privaten und staatlichen Haushalte. Zudem stiegen die Bauinvestitionen um 2,6 %, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnungsbauten lag.

Zahlen des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. zeigen, dass der Verbrauch von Erdgas in 2017 mit 5,2 % deutlich im Vergleich zum Vorjahr anstieg. Neben der Witterung schlug vor allem der vermehrte Einsatz von Erdgas für die Strom- und Wärmeerzeugung in klimaschonenden Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zu Buche.

2.2 Energiepolitische und rechtliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2017 war geprägt von den Vorbereitungen der Netzbetreiber und der BNetzA auf die im Jahr 2018 beginnende, nunmehr dritte Anreizregulierungsperiode in der Sparte Gasverteilung. Für die Erlösbergrenzenfestlegung wurden das Ausgangsniveau der Netzkosten festgestellt und diverse weitere Parameter diskutiert. Unter anderem wurden am 19. Juli 2017 Benchmarkingmethoden für die Feststellung der netzbetreiberindividuellen Effizienzwerte abgefragt und am 18. Dezember 2017 erfolgte die vorläufige Anordnung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors für die 3. Anreizregulierungsperiode durch die BNetzA.

Außerdem stellte die NBB fristgerecht zum 30. Juni 2017 den Antrag auf das mit der Novelle der Anreizregulierungsverordnung 2016 neu geschaffene Instrument des Kapitalkostenaufschlags. Für diesen Antrag erhielt die NBB am 15. Dezember 2017 den entsprechenden Bescheid der BNetzA, gegen den die NBB mit Datum vom 15. Januar 2018 Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt hatte.

Darüber hinaus erfolgt erneut die Überarbeitung der Kooperationsvereinbarung Gas. Die Entwurfsfassung der Kooperationsvereinbarung X (KoV X) wurde am 18. Dezember 2017 an die BNetzA übergeben, so dass eine vorgezogene Veröffentlichung zum 31. März 2018 voraussichtlich eingehalten wird. Damit soll erstmals ein größeres Zeitfenster für prozessuale und systemtechnische Anpassungen zur Verfügung stehen. Die KoV X beinhaltet für Verteilnetzbetreiber keine nennenswerten Änderungen, so dass für die NBB mit sehr geringen Umsetzungsaufwänden zu rechnen ist.

Des Weiteren erfolgt bundesweit zum 1. Februar 2018 im Zusammenhang mit der Umsetzung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz eine Umstellung der Marktprozesse von Zählpunktbezeichnung als eindeutige ID im Energiemarkt auf Markt- bzw. Messlokation. Die IT-Systeme der NBB wurden fristgerecht angepasst.

2.3 Geschäftsverlauf

Die NBB weist im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von 8.675 Tsd. € (Vj. Jahresüberschuss 11.978 Tsd. €) aus. Die Gesamtumsatzerlöse von 400.406 Tsd. € (Vj. 427.310 Tsd. €) wurden vorwiegend durch Umsatzerlöse aus der Vereinnahmung von Netzentgelten erzielt. Den Gesamtumsatzerlösen stehen insbesondere Materialaufwendungen in Höhe von 332.001 Tsd. € (Vj. 337.624 Tsd. €), Personalaufwendungen in Höhe von 28.012 Tsd. € (Vj. 28.396 Tsd. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 20.292 Tsd. € (Vj. 20.011 Tsd. €) gegenüber.

Die Gesamttransportmengen der NBB sind gegenüber dem Vorjahr um 2.659 GWh beziehungsweise um 6,6 % auf 42.783 GWh angestiegen, wobei neben Witterungseffekten auch höhere Absatzmengen im Bereich der Sonderabnehmer zu einem Anstieg der Transportmengen geführt haben. Die daraus resultierenden Mehrerlöse im Regulierungskonto können teilweise mit Mindererlösen der Vorjahre saldiert werden. Daraus ergibt sich eine Rückstellung für das Regulierungskonto in Höhe von 7.529 Tsd. €.

Auch im Jahr 2017 wurde auf Basis der Analyse der Leckstellenentwicklungen und der Messergebnisse aus dem kathodischen Korrosionsschutz der Zustand der Netze erhalten sowie mittel- und langfristig gesichert. Außerdem erfolgten weiterhin umfangreiche Investitionen in die Netzinfrastruktur.

So wurde im Berichtsjahr zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Berlin die Erneuerung der Erdgasübernahmestation (ÜST) Buckow beschlossen. Die ÜST Buckow wird über eine Gashochdruckleitung vom vorgelagerten Netzbetreiber mit Erdgas versorgt und speist dieses Erdgas in die Berliner Erdgastransportleitung ein. Der Projektabschluss ist im Jahr 2021 geplant.

Im Bereich des Netzanschlussgeschäftes bewegt sich der Auftragsbestand für das gesamte Netzgebiet auf dem Vorjahresniveau.

Neben dem Kerngeschäft unterstützt die NBB auch diverse Projekte zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende.

Im Berichtsjahr erarbeitete das Centrum für Energietechnologie Brandenburg GmbH, Cottbus (nachfolgend CE Bra genannt) im Auftrag der NBB eine Power-to-Gas-Standortstudie, um diese Technologie im Land Brandenburg voranzubringen. Power-to-Gas (PtG) ist die Schlüsseltechnologie für die Kopplung der Strom- und Gasnetze. CE Bra analysierte dazu die regionalen Daten der Ausfallarbeit von Windkraftanlagen, des geplanten Zubaus von Windkraftanlagen und neuen Umspannwerken sowie der vorhandenen Gasnetze im Land Brandenburg. Auf Basis der Ergebnisse dieser PtG-Standortstudie von Juli 2017 möchte die NBB nun konkrete PtG-Projekte zur Kopplung der regulierten Strom- und Gasnetze entwickeln.

Des Weiteren ist die NBB als Partner im Forschungscampus Mobility2Grid tätig. Dieses Vorhaben will die Ergebnisse des Micro Smart Grid am EUREF auf das gesamte Areal in Schöneberg übertragen und die Kopplung zur Mobilität tiefergehend untersuchen.

Im Zuge der Digitalisierung beteiligt sich die NBB außerdem am sogenannten InfraLab Berlin. Das InfraLab Berlin ist ein langfristiges Kooperationsprojekt der sechs großen Berliner Infrastrukturunternehmen auf dem EUREF Campus in Berlin und steht für die Weiterentwicklung visionärer Ideen für ein nachhaltiges Berlin und die Umsetzung von Smart-City-Projekten in enger Zusammenarbeit mit Politik, Industrie und Wissenschaft. Mit dem InfraLab soll ein wichtiger Beitrag für die städtische Entwicklung in Berlin geleistet werden.

Neben unterschiedlichen Projektpartnerschaften soll insbesondere auch das Beteiligungsgeschäft der NBB die Digitalisierung in der Energiebranche voranbringen.

Das Geschäft der Tochtergesellschaft infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin (nachfolgend infrest genannt), bestehend aus dem Betrieb einer webbasierten Austauschplattform für Leitungsanfragen und -auskünfte, Genehmigungen, Aufgabe-, Havarie- und Anzeigenmeldungen sowie dem Betrieb des webbasierten Baustellenatlas zur übergreifenden Baustellenkoordination durch Infrastrukturbetreiber, wurde weiter ausgebaut. Nutzer der Portallösungen sind zahlreiche Infrastrukturbetreiber, Planungsbüros und Bauunternehmen. Auch in diesem Jahr konnte ein leicht positives Jahresergebnis erzielt werden. Damit konnte die infrest ihren aus der Startphase resultierenden, nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag weiter reduzieren. Diesem steht ein Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt in Höhe von 700 Tsd. € gegenüber. Die NBB trägt daran entsprechend ihrem Darlehensvertrag einen Anteil von 67,36 %.

Bei der Tochtergesellschaft KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin (nachfolgend KKI genannt) wurde im Berichtsjahr erstmals ein positives Betriebsergebnis erwirtschaftet. Dennoch besteht ein geringer Jahresfehlbetrag, wodurch der aus Vorjahresverlusten bestehende, nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag steigt. Dieser überschreitet leicht den bestehenden Gesellschafterdarlehensrahmen mit Rangrücktritt in Höhe von 4.600 Tsd. €, welcher zum Bilanzstichtag vollständig in Anspruch genommen wurde. Die NBB trägt daran entsprechend dem Darlehensrahmenvertrag einen Anteil von 74,9 %. Zur Sicherstellung der weiteren Zahlungsfähigkeit wird die Liquiditätsausstattung durch die KKI eng überwacht, um gegebenenfalls notwendige Gegensteuerungsmaßnahmen zu initiieren. Die Gesellschafter und die Geschäftsführung der KKI sind sich darüber einig, dass eine weitere wirtschaftliche Optimierung der Gesellschaft über die bereits im laufenden Geschäftsjahr erfolgten Maßnahmen hinaus möglich ist.

Im Vorjahr wurden durch die NBB 49 % der Anteile an der WGI GmbH von ihrer damaligen Alleingesellschafterin, der ITS Informationstechnik Service GmbH, Dortmund, erworben. Die WGI ist ein vorwiegend in Westdeutschland tätiges Unternehmen, das für Netzbetreiber und Versorgungsunternehmen Dienstleistungen im Bereich der Geoinformatik erbringt. Die WGI bietet ihren Kunden Auskünfte über Leitungsnetze an und stellt ihnen Personal für die verschiedensten Aufgaben im Geoinformationsbereich zur Verfügung. Im Geschäftsjahr 2017 wurde mit dem Aufbau einer Ausbildungsakademie begonnen, welche die für die folgenden Jahre geplante Stärkung der Bereiche Consulting, Solutions und IT-Service unterstützen soll. Für das Geschäftsjahr 2017 wird für die WGI ein stabiles positives Jahresergebnis erwartet.

Die NBB als Netzpächterin unterstützt die Asset Owner als Konzessionsnehmer im Rahmen der Konzessionsvertragsstrategie, welche im Wesentlichen die Bestandssicherung der vorhandenen Konzessionen beinhaltet.

Im Rechtsstreit um die Neuvergabe der Gasnetzkonzession im Teilnetz Berlin verurteilte das Landgericht Berlin das Land Berlin mit Urteil vom 9. Dezember 2014, den Abschluss eines Gaskonzessionsvertrags mit dem Landesbetrieb Berlin Energie oder einem aus Umwandlung des Landesbetriebs Berlin Energie hervorgegangenen Unternehmen zu unterlassen. Derzeit ist der Rechtsstreit in der Berufung beim Kammergericht Berlin anhängig. Die GASAG und das Land Berlin schlossen im Herbst 2017 erneut eine bis zum 31. Dezember 2018 befristete Interimsvereinbarung. Die Bindefrist der Konzessionsangebote von GASAG/NBB wurde zunächst ebenfalls bis zum 31. Dezember 2018 verlängert.

Die NBB arbeitet beständig an der Optimierung ihrer Arbeitsabläufe. Insbesondere in Vorbereitung der sich regulatorisch aus dem generellen Produktivitätsfaktor ergebenden notwendigen Kostensenkungen wurde Mitte 2016 im Rahmen eines Benchmarkings ein Projekt zur Schaffung von Kostentransparenz hinsichtlich der Gasnetzprozesse in der GASAG-Gruppe durchgeführt. Dieser Benchmark hatte zum Ziel, Prozessoptimierungspotenziale für die wesentlichen Netzprozesse (Konzessionsmanagement, Errichtung und Betrieb von Netzen etc.) sowie die Serviceprozesse (Messung/Abrechnung etc.) aufzuzeigen.

Im Ergebnis wurden Prozessoptimierungspotenziale sowohl in Investitionsprozessen als auch in Prozessen im Aufwandsbereich ermittelt und validiert. Die NBB wird diese Potenziale mittels geeigneter Maßnahmen – gemeinsam mit den Asset Ownern – über einen mittelfristigen Zeitraum bis zum Jahr 2019 weiter heben.

Das in diesem Zusammenhang im Geschäftsjahr 2016 gestartete Programm „NBB formt Zukunft“ mündete in der Erarbeitung einer neuen Unternehmensstrategie, deren Zielbild die Themengebiete Kunden/Stakeholder, Asset Owner und effizienter Infrastrukturbetreiber sowie Menschen und Transformation beleuchtet.

Zudem werden im Rahmen des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses in der NBB weitere Optimierungspotenziale ermittelt.

Die erarbeiteten Optimierungsmaßnahmen werden zum Bilanzstichtag von einem Stammpersonal in Höhe von 417 Mitarbeitern (Vj. 403 Mitarbeiter) umgesetzt. Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern bietet die NBB außerdem kaufmännische und technische Berufsausbildungen sowie duale Studiengänge an, um dem Fachkräftemangel durch eigene Förderung entgegenzuwirken.

2.4 Tätigkeitsabschluss Verteilung

Gemäß § 6b Absatz 3 EnWG müssen Unternehmen, die mit einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Für die NBB leitet sich daraus die Verpflichtung ab, einen Tätigkeitsabschluss für die Gasverteilung zu erstellen.

TÄTIGKEITSABSCHLUSS GASVERTEILUNG

Im Berichtsjahr 2017 besteht wie im Vorjahr ein Jahresüberschuss in der Verteilung. Jedoch ist ein Rückgang des Jahresergebnisses zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf im Vorjahr bestehende Mehrerlöse im Regulierungskonto zurückzuführen ist, welche durch Saldierung mit den aus Vorperioden bestehenden, nicht bilanzierbaren Mindererlösen vollständig ergebniswirksam waren.

Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Erlöse aus Netzentgelten, die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen sowie die Abwicklung der Investitionen in das Gasnetz. Des Weiteren sind darin die Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen enthalten. In den Bestandsveränderungen sind im Wesentlichen die Veränderungen an unfertigen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Im Materialaufwand sind als wesentliche Bestandteile neben den erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb auch die Pacht, die vorgelagerten Netzkosten und die Aufwendungen für die Investitionsmaßnahmen enthalten.

ÜBRIGE AKTIVITÄTEN

Die NBB erbringt neben den Leistungen in der Gasverteilung auch Dienstleistungen für andere Unternehmen. Ein Großteil der Leistungen wird für Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft erbracht. Neben der Sparte Gas werden hier auch Leistungen für die Sparten Strom, Trinkwasser und Fernwärme durchgeführt. Dazu gehören unter anderem der Betrieb der bestehenden Netze und Anlagen von Dritten sowie die Durchführung von Baumaßnahmen in den Netzen und Anlagen von Dritten. Darüber hinaus bietet die NBB weitere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Energie- und Versorgungsnetzen an. Dazu gehören die Netzsteuerung, das Störungsmanagement und der Netzvertrieb für die Netze von Dritten sowie die Beratung von regulierten Energieversorgungsunternehmen zu verschiedenen Aufgaben.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der NBB stellt sich im Geschäftsjahr 2017 wie folgt dar:

	2017	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse				
Netzentgelte	304.834	303.888	946	0,3
Arbeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen	75.209	81.014	-5.805	-7,2
Mehr-/Minder-Mengenabrechnung	2.482	9.215	-6.733	-73,1
Sonstige Umsatzerlöse	17.505	16.092	1.413	8,8
	400.030	410.209	-10.179	-2,5
Bestandsveränderungen	-11.382	-26.062	14.680	-56,3
Andere aktivierte Eigenleistungen	104	78	26	33,3
Gesamtleistung	388.752	384.225	4.527	1,2
Sonstige betriebliche Erträge	2.141	2.624	-483	-18,4
Materialaufwand				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	14.284	18.874	-4.590	-24,3
Aufwendungen für bezogene Leistungen	316.729	309.647	7.082	2,3
	331.013	328.521	2.492	0,8
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	22.539	23.144	-605	-2,6
Soziale Aufwendungen	5.223	5.252	-29	-0,6
	27.762	28.396	-634	-2,2
Abschreibungen	2.494	2.350	144	6,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19.194	19.053	141	0,7
Sonstige Steuern	29	29	0	0,0
Betriebsergebnis	10.401	8.500	1.901	22,4
Neutrales Ergebnis	151	9.364	-9.213	-98,4
Finanzergebnis	-496	-3.712	3.216	-86,6
Ergebnis vor Steuern	10.056	14.152	-4.096	-28,9
Ertragsteuern	1.381	2.174	-793	-36,5
Jahresüberschuss	8.675	11.978	-3.303	-27,6

Im Geschäftsjahr 2017 weist die NBB einen Jahresüberschuss von 8.675 Tsd. € (Vj. 11.978 Tsd. €) aus. Das Betriebsergebnis beläuft sich auf 10.401 Tsd. € (Vj. 8.500 Tsd. €). Diese Ergebnissteigerung setzt sich aus den im Folgenden erläuterten Effekten zusammen:

Die Umsatzerlöse aus Netzentgelten sind im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um 0,3 % gestiegen. Aus Mengen- und Preiseffekten resultiert ein Anstieg in Höhe von 8.977 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr. Die im Regulierungskonto 2017 bestehenden Mehrerlöse konnten teilweise mit Mindererlösen aus den Vorjahren saldiert werden. Im Berichtsjahr wurden jedoch 7.529 Tsd. € zu den Regulierungskontorückstellungen zugeführt, was zum Großteil die Mengen- und Preiseffekte wieder aufhebt.

Die Umsatzerlöse für Arbeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 5.805 Tsd. € gesunken. Dem gegenüber steht ein deutlich geringerer Abbau von unfertigen Leistungen (ohne außerplanmäßige Abschreibungen) in Höhe von 11.382 Tsd. €. Im Vorjahr wurden diverse Großprojekte und Biogasanlagen an die Asset Owner abgerechnet.

Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse um 1.413 Tsd. € basiert im Wesentlichen auf höheren Erlösen aus der Biogaskostenwälzung. Unter den sonstigen Umsätzen werden außerdem Erlöse aus Vertragsdispatching und Außendienstleistungen bilanziert.

Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar. Den Erlösen aus Mehr- und Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber in gleicher Höhe gegenüber. Die dazugehörigen Aufwendungen werden unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ausgewiesen. Die Abrechnungen für Vorjahre werden unter dem neutralen Ergebnis ausgewiesen.

Den erzielten Umsatzerlösen und den Bestandsveränderungen stehen größtenteils Aufwendungen für Pacht, bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, Dienstleistungen sowie Aufwendungen für vorgelagerte Netze gegenüber.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge wird im Wesentlichen mit geringeren Erträgen aus der Erstattung von Schäden begründet.

Der Anstieg des Materialaufwands ergibt sich im Wesentlichen aus den bezogenen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz, resultierend aus den im Berichtsjahr an die Asset Owner abgerechneten Investitionen unter Berücksichtigung eines im Vergleich zum Vorjahr geringeren Abbaus des Bestandes an unfertigen Leistungen.

Darüber hinaus bestehen kapazitäts- und preisbedingt höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit vorgelagerten Netzkosten.

Der Personalaufwand bewegt sich mit einer Verringerung von 2,2 % in etwa auf Vorjahresniveau, wobei sich die Entwicklung trotz höheren Stammpersonals zum Stichtag in dem Rückgang der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl begründet.

Auf das Betriebsergebnis des Geschäftsjahres 2017 entfallen neutrale Effekte in Höhe von 151 Tsd. €.

Darin enthalten sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1.846 Tsd. € (Vj. 3.737 Tsd. €). Diese beziehen sich im Wesentlichen auf Baurückstellungen und sonstige Leistungen in Höhe von 633 Tsd. € (nicht enthalten sind die Auflösung von Rückstellungen für investive Baumaßnahmen und Weiterberechnungen in Höhe von 1.043 Tsd. €) und Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Höhe von 642 Tsd. €.

Den neutralen Erträgen stehen im Wesentlichen neutrale Aufwendungen aus Pensions-, Altersteilzeit und sonstigen Personalaufwandsverpflichtungen in Höhe von 1.042 Tsd. € sowie periodenfremde Erlösminderungen aus Netzentgelten in Höhe von 384 Tsd. € gegenüber.

Darüber hinaus sind im neutralen Ergebnis außerplanmäßige Abschreibungen auf unfertige Leistungen für den Biogasanlagenbetrieb in Höhe von 325 Tsd. € (Vj. 2.327 Tsd. €) enthalten, welche in gleicher Höhe einen neutralen Ertrag aus der Biogaskostenwälzung gem. § 20b GasNEV darstellen.

Der Anstieg im Finanzergebnis des Geschäftsjahres 2017 ist im Wesentlichen durch eine im Vorjahr erfolgte außerordentliche Abschreibung auf Gesellschafterdarlehen begründet.

Das Steuerergebnis vom Einkommen und Ertrag weist in 2017 einen Aufwand in Höhe von 1.381 Tsd. € (Vj. 2.174 Tsd. €) aus. Der laufende Gewerbesteueraufwand (Gesamthands- und Sonderbetriebsvermögen) sinkt im Wesentlichen bedingt durch das gegenüber dem Vorjahr geringere Ergebnis vor Steuern. Korrespondierend dazu sind im Berichtsjahr die laufenden Gewerbesteuererstattungen durch die Gesellschafter in Höhe von 8.501 Tsd. € ebenfalls geringer ausgefallen.

3.2 Finanzlage

3.2.1 KAPITALSTRUKTUR

Durch die bestehende Cash-Pooling-Vereinbarung mit der GASAG ist die NBB dem GASAG-Konzern-Cash-Pool angeschlossen. Im Rahmen dieser Vereinbarung steht der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 5.000 Tsd. € zur Verfügung.

Der allgemeine Finanzierungsbedarf der NBB wird aus dem operativen Cashflow sowie der Inanspruchnahme des Cash-Pool-Kontokorrentkredits gedeckt. Zusätzlich steht der Gesellschaft für langfristige Finanzierungen unverändert zum Vorjahr ein durch die Gesellschafter gewährter Kreditrahmen in Höhe von 14.400 Tsd. € zur Verfügung. Zum Bilanzstichtag bestanden weder im Rahmen des Cash-Pooling noch im Rahmen von Gesellschafterdarlehen Verbindlichkeiten.

3.2.2 LIQUIDITÄT

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzt die NBB eine rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung. Hierbei wird für die Liquiditätsplanung ein gruppenweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring einer Liquiditätsentwicklung sicherstellt.

Die NBB war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Kapitalflussrechnung der NBB stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar.

	2017	2016
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	19.406	-2.443
+ Cashflow aus Investitionstätigkeit	-4.028	-3.010
+ Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-7	6
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	15.371	-5.447
+/- Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.207	13.654
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	23.578	8.207

Der Finanzmittelfonds beinhaltet im Berichtsjahr die Forderungen aus dem Cash-Pooling mit der GASAG in Höhe von 23.578 Tsd. €.

Der positive Cashflow aus laufender Tätigkeit resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg von zum Bilanzstichtag noch offenen Verbindlichkeiten und Rückstellungen, was sich auch im Anstieg des Finanzmittelfonds zum Ende der Berichtsperiode widerspiegelt.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Investitionen in das Sachanlagevermögen.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrifft Zinsen für kurzfristige Betriebsmittelkredite, die über den Gesellschafterdarlehensrahmen in Anspruch genommen wurden. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Verbindlichkeiten aus Gesellschafterdarlehen.

3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	2017	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Vermögen				
Anlagevermögen	16.159	14.338	1.821	12,7
Vorräte	15.629	16.077	-448	-2,8
Kurzfristige Forderungen und übrige Aktiva	97.149	71.666	25.483	35,6
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteile von Kommanditisten	0	2.436	-2.436	-100,0
	128.937	104.517	24.420	23,4
Kapital				
Eigenkapital	12.710	8.746	3.964	45,3
Langfristige Verbindlichkeiten und übrige Passiva	74.766	64.511	10.255	15,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten	41.461	31.260	10.201	32,6
	128.937	104.517	24.420	23,4

Der Anstieg der Bilanzsumme resultiert hauptsächlich aus einem im Vorjahr höheren Ausgleich von kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag, welcher sich im Berichtsjahr auf der Aktivseite in einem Anstieg der Forderungen aus Cash-Pooling (+15.371 Tsd.€) widerspiegelt. Außerdem ist das Eigenkapital durch Ausgleich der Vorjahresverluste mit dem Jahresüberschuss 2017 weiter gestiegen.

Die Erhöhung des Anlagevermögens resultiert vorrangig aus Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1.732 Tsd.€, welche im Wesentlichen den Fuhrpark für den technischen Entstörungsdienst sowie IT-Hardware betreffen. Darüber hinaus hat die NBB verstärkt in IT-Software investiert.

Die unfertigen Leistungen abzüglich der aktivisch abgesetzten erhaltenen Anzahlungen betragen zum Bilanzstichtag 15.629 Tsd.€ (Vj. 16.077 Tsd.€). Es handelt sich hierbei in erster Linie um Netzausbau-

maßnahmen, welche noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Zu diesen Maßnahmen zählen insbesondere Projekte im Bereich der Erneuerung von Versorgungsleitungen und Gasdruckregelanlagen.

Neben der Entwicklung der Forderungen aus Cash-Pooling resultiert der Anstieg der Aktiva im Wesentlichen aus stichtagsbedingt höheren Forderungen aus Netzentgelten (+6.089 Tsd.€) sowie höheren Forderungen gegenüber den Asset Ownern aus Gewerbesteuererstattungen (+4.105 Tsd.€).

Darüber hinaus sind auch die kurzfristigen Passiva im Wesentlichen bedingt durch höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+4.561 Tsd.€) und höhere Steuerverbindlichkeiten (+4.280 Tsd.€) gestiegen. Des Weiteren tragen die Konten der Gesellschafter in Höhe von 2.247 Tsd.€ zum Anstieg bei.

Die langfristigen Verbindlichkeiten und übrigen Passiva enthalten vorrangig die passivierten Zuschüsse gemäß Gasnetzentgeltverordnung sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Der Anstieg der langfristigen Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus der Rückstellung für das Regulierungskonto, welche im Berichtsjahr um 7.427 Tsd.€ höher bilanziert wurde.

Der erzielte Jahresüberschuss führte zu einem Abbau der Verlustvträge der einzelnen Mandanten. Im Berichtsjahr besteht für die GASAG ein Verlustkonto von 1.290 Tsd.€ (Vj. 3.659 Tsd.€). Die EMB und die SpreeGas bauen im Berichtsjahr die nicht durch Vermögenseinlage gedeckten Verlustanteile komplett ab (Vj. EMB 1.203 Tsd.€ / SpreeGas 1.233 Tsd.€). Darüber hinaus werden auch die Verlustsonderkonten im Berichtsjahr vollständig ausgeglichen (Vj. EMB 1.565 Tsd.€ / SpreeGas 30 Tsd.€).

3.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Im Geschäftsjahr 2017 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 8.675 Tsd.€ aus, der deutlich über dem im Vorjahr prognostizierten Jahresergebnis liegt. Im Geschäftsverlauf ergab sich eine signifikante Erhöhung der Transportmengen gegenüber der Prognose. Ursache hierfür sind neben witterungsbedingten Mehrverbräuchen höhere Absatzmengen im Bereich der Sonderabnehmer. Der Mengenanstieg führte zu ertragswirksamen regulatorisch bedingten Aufholeffekten in den Netzentgelten. Verstärkt wurde die positive Ergebnisentwicklung außerdem durch Umsetzungen weiterer Kostenoptimierungen.

Der Jahresüberschuss des Berichtsjahres führte zu einem erheblichen Abbau der Vorjahresverluste. Der nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteil wurde vollständig abgetragen. Das Eigenkapital ist ebenso signifikant auf einen Gesamtwert von 12.710 Tsd.€ gestiegen.

4. Chancenbericht

Die NBB bewegt sich in ihrem Kerngeschäft als Gasnetzbetreiberin in einem durch die BNetzA regulierten Markt, in dem sich Chancen vorwiegend innerhalb der von der Behörde vorgegebenen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Grundlage für den Betrieb der Netze sind Konzessionsverträge, zivilrechtliche Wegenutzungsverträge, mit denen die Gemeinden Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Strom- und Erdgasverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gestatten, gemäß § 46 Absatz 2 EnWG. Bei den laufenden Konzessionsverfahren verfolgt die NBB gemeinsam mit den Asset Ownern im Wesentlichen das Ziel der Bestandssicherung. Darüber hinaus können sich durch zusätzliche Netzbewirtschaftungen Effizienzsteigerungen im bestehenden Geschäft ergeben.

Des Weiteren können sich durch eine Steigerung der Netzanschlusszahlen und die damit einhergehende Verdichtung der Netzanschlüsse im bestehenden Netz die Strukturparameter für die Berechnung des Effizienzwertes verbessern.

Sämtliche Chancen können zu einer leichten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation der NBB führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist dabei gering.

5. Risikobericht

Die (Früh-)Erkennung sowie angemessene Bewertung und Begrenzung von Risiken ist von besonderer Bedeutung für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges. Zu diesem Zweck unterhält die NBB ein Risikomanagementsystem, das auch konzernspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt.

Die Risikoeinschätzung beruht auf einem Unternehmenswertverlustansatz. Alle identifizierten Risiken werden neben der Einstufung als Ergebnis-, Eigenkapital- oder Liquiditätsrisiko zusätzlich nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenspotenzial sowie Imagewirkung und Zahlungswirksamkeit klassifiziert.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit lässt sich der Höhe nach wie folgt unterteilen:

Eintrittswahrscheinlichkeiten
Sehr geringe
Geringe
Mittlere
Hohe
Sehr hohe

Für die Einstufung des Schadenspotenzials werden folgende Wertgrenzen angesetzt:

Einstufung	Beschreibung der Wertgrenzen
Gering	Unwesentliche Beeinträchtigung
Spürbar	Moderate Beeinträchtigung
Beträchtlich	Beträchtliche negative Auswirkung
Latent gefährdend	Hohe und potenziell dauerhafte Beeinträchtigung
Gefährdend	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Beeinträchtigung

Bei der Bewertung wird weiterhin zwischen einem kurz- sowie langfristigen Wirkungshorizont unterschieden, wobei die kurzfristige Betrachtung das nächste Geschäftsjahr betrifft. Die langfristige Betrachtung deckt mindestens den gesamten Planungszeitraum ab und geht für strategische Risiken auch darüber hinaus.

Es bestehen für die NBB im Wesentlichen folgende Risiken:

UMFELD- UND MARKTRISIKEN

Als unternehmerische Kernrisiken gelten die Transportmengenrisiken, die sich witterungsbedingt beziehungsweise aufgrund von verändertem Endkundenverhalten ergebnisbeeinträchtigend auswirken können. Das Transportmengenrisiko wird mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem über einen mittelfristigen Zeitraum spürbaren Schadenspotenzial eingestuft.

KONZESSIONSRISIKEN

Aktuell laufen in den Netzgebieten der NBB Verfahren zur Neuvergabe von Konzessionen. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wurde im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Dazu gehört unter anderem die Umsetzung von Vertriebsstrategien in Zusammenarbeit mit den Verpächtern zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen im Netzgebiet Berlin-Brandenburg. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung reduziert, sondern auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert.

Zur allgemeinen Beschreibung des Konzessionsvergabeverfahrens Berlin verweisen wir auf den Geschäftsverlauf.

Wenn die GASAG die Konzession in Berlin verlöre, würde das substanziell wichtige Netzgeschäft in Berlin wegfallen. Nach derzeitiger Einschätzung würde dies nicht vor Dezember 2023 eintreten. Aus dem Verlust des Berliner Netzgeschäfts würden erhebliche Effizienzverluste in Bereichen resultieren, in denen heute Ressourcen überwiegend für das Berliner Netz eingesetzt werden. Unverändert gebundenen Ressourcen, die bisher ausschließlich dem Betrieb des Berliner Netzes dienten, stünden keine entsprechenden Einnahmen gegenüber. Ohne entsprechende kompensatorische Gegenmaßnahmen wäre die Ertragslage der NBB vorübergehend stark belastet. Damit stellt der Verlust der Berliner Konzession in Bezug auf das Schadenspotenzial langfristig ein gefährdendes Risiko dar. Es wäre von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der NBB auszugehen. Wir gehen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit davon aus, dass die GASAG-Gruppe den Zuschlag für die Konzession erhält.

Der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins stellt im Vergleich ein geringeres Risiko dar.

BETRIEBSRISIKEN

Die NBB setzt zum Betrieb ihrer Netzinfrastrukturen technologisch komplexe Anlagen ein, die das Risiko ungeplanter Nichtverfügbarkeiten und Versorgungsunterbrechungen aufgrund unvorhergesehener Betriebsstörungen oder externer Einflüsse bergen. Durch die laufende Instandhaltung und Überwachung auf der Grundlage technischer Regelwerke und betriebsinterner Konzepte sowie durch die kontinuierliche Sanierung und Modernisierung der netztechnischen Anlagen wird ein hoher technologischer Sicherheitsstandard gewährleistet, wodurch die Eintrittswahrscheinlichkeit von Störungen erheblich reduziert wird. Aus den unvermeidlichen Restrisiken im Zusammenhang mit dem Betrieb der Netzinfrastrukturen ergibt sich in Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial ein spürbares Risiko bei einer insgesamt sehr geringen bis geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die möglichen Risiken existieren innerhalb der verschiedenen Prozesse unabhängig voneinander und sind im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen wirtschaftlich angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotenzial der NBB entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet wird.

AUSFALLRISIKO

Die Forderungen der NBB gegenüber den Transportkunden sind weitestgehend durch eine Forderungsausfallversicherung abgesichert, die im Falle von eingetretenen Insolvenzen 90 % der Außenstände der Gesellschaft erstattet. Der Ausfall von Forderungen wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Konzernrichtlinien des GASAG-Konzerns sowie der Kooperationsvereinbarung Gas begrenzt und ist dementsprechend in Bezug auf das Schadenspotenzial und die Eintrittswahrscheinlichkeit als gering zu bewerten. Ein besonderes Ausfallrisiko über den normalen Geschäftsverkehr hinaus besteht derzeit nicht.

GESAMTRISIKO

Von den dargestellten Risiken kann sich insbesondere aus dem laufenden Konzessionsvergabeverfahren in Berlin eine wesentliche, auch dauerhafte Beeinträchtigung der Ertragslage der NBB ergeben. Die NBB geht aber davon aus, diesem Risiko mit zielgerichteten Maßnahmen entgegenwirken zu können.

Basierend auf der Gesamtrisikolage unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und ergriffenen Maßnahmen ist für die NBB gegenwärtig keine Fortbestandsgefährdung zu erkennen.

6. Prognosebericht

Die NBB geht für das Jahr 2018 unter Berücksichtigung der periodenfremden Netzentgelte 2017 und regulatorischen Verrechnungen von sinkenden Umsatzerlösen aus Netzentgelten in allen Teilnetzen aus. Die Überschreitung der Erlösbergrenze im Jahr 2017 wurde, soweit möglich, mit bestehenden Forderungen aus dem Regulierungskonto verrechnet. Die Planung der Netzentgelte 2018 beinhaltet das Ergebnis der Netzkostenanhörung zu der im Geschäftsjahr 2018 beginnenden dritten Anreizregulierungsperiode (Basis Netzkosten 2015). Dies führt dazu, dass trotz leicht steigender Transportmengen die geplanten Netznutzungsentgelte im Jahr 2018 um 6 % gegenüber dem Vorjahr sinken.

Die Ergebnisentwicklung in den Folgejahren wird gegenüber dem Jahr 2017 zum einen durch die deutlich abgesunkene Netzkostenbasis für die dritte Anreizregulierungsperiode beeinflusst. Zum anderen entfallen positive Einmaleffekte des abgeschlossenen Geschäftsjahres, wie die Aufholung von Forderungen aus dem Regulierungskonto als auch ergebniswirksame Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 1,8 Mio. €.

Auf Basis der in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführten Prozesskosten-Benchmarks für die Shared-Service-, Governance- und Netzprozesse sollen weiter entsprechende Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung im Planungszeitraum umgesetzt werden. Damit wird die Zielsetzung der kundenfreundlichen, transparenten sowie wettbewerbsfähigen Gestaltung der Geschäftsprozesse konsequent weiterverfolgt.

Die NBB geht weiter davon aus, dass das begonnene Bewerbungsverfahren für die Konzession Berlin positiv abgeschlossen wird. Im Erfolgsfall könnten sich Sonderaufwendungen zur Umsetzung von Angebotsoptionen aus der Konzessionsbewerbung ergeben, die das Ergebnis der NBB einmalig negativ beeinflussen würden.

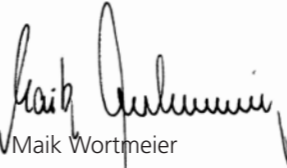
Im folgenden Geschäftsjahr sind weitere Investitionen in Gasverbrauchsmesseinrichtungen sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 3,2 Mio. € geplant. Die Finanzierung der Investitionen soll dabei im Wesentlichen über den laufenden Cashflow erfolgen, wobei zusätzlich langfristige Gesellschafterdarlehen zur Verfügung stünden.

Der kontinuierliche Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts in den Tochterunternehmen der NBB und die damit einhergehende positive Ergebnisentwicklung stehen auch in Zukunft im Fokus der NBB.

Für das Geschäftsjahr 2018 wird auf Grund der vorgenannten Einflüsse mit einem deutlich negativen Jahresergebnis gerechnet, welches die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft aufgrund der vorhandenen Finanzmittel sowie der verfügbaren Darlehensrahmenverträge jedoch nicht beeinträchtigt.

Berlin, 16. Februar 2018

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG



Maik Wortmeier



Frank Behrend

2017

JAHRESABSCHLUSS DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG



INHALT

52 Bilanz

53 Gewinn- und Verlustrechnung

54 Anlagenspiegel

56 Anhang für das Geschäftsjahr 2017

- 58 Erläuterungen zur Bilanz
 - 63 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
 - 67 Außerbilanzielle Geschäfte/sonstige finanzielle Verpflichtungen
 - 68 Sonstige Angaben
-

71 Tätigkeitsabschluss Gasverteilung

- 71 Gewinn- und Verlustrechnung Gasverteilung
- 72 Tätigkeitsbilanz Gasverteilung
- 74 Anhang zum Tätigkeitsabschluss Gasverteilung

Bilanz

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum 31.12.2017

Aktiva	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.272	2.654
II. Sachanlagen	10.293	9.064
III. Finanzanlagen	2.594	2.620
	16.159	14.338
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	15.629	16.077
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	94.688	70.184
	110.317	86.261
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.461	1.482
D. Nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteile	0	2.436
	128.937	104.517

Passiva	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
A. Eigenkapital		
I. Kapitalanteile der Kommanditistin	1.000	1.000
II. Gewinnrücklage	13.000	13.000
III. Verlustsonderkonto der Kommanditisten	-1.290	-5.254
	12.710	8.746
B. Rückstellungen	38.972	29.949
C. Verbindlichkeiten	17.191	6.099
D. Rechnungsabgrenzungsposten	60.064	59.723
	128.937	104.517

Gewinn- und Verlustrechnung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2017

	01.01. – 31.12.2017	01.01. – 31.12.2016
	T€	T€
1. Umsatzerlöse	400.406	427.310
2. Verringerung des Bestands an unfertigen Leistungen	-11.382	-26.062
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	104	78
4. Sonstige betriebliche Erträge	4.594	7.281
5. Materialaufwand	332.001	337.624
6. Personalaufwand	28.012	28.396
7. Abschreibungen	2.819	4.677
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.292	20.011
9. Finanz- und Beteiligungsergebnis	-496	-3.712
10. Ergebnis vor Steuern	10.102	14.187
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.381	2.174
12. Ergebnis nach Steuern	8.721	12.013
13. Sonstige Steuern	46	35
14. Jahresüberschuss	8.675	11.978
15. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	-8.675	-11.978
	0	0

Anlagenspiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen					Restbuchwerte		
	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4	Endstand	am 31.12.2017	am Ende des vorange- gangenen Geschäftsjahres	
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	6.397	60	1	+	53	6.509	3.796	1.005	1	4.800	1.709	2.601
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	53	1.563	0	/.	53	1.563	0	0	0	0	1.563	53
	6.450	1.623	1	+	53	8.072	3.796	1.005	1	4.800	3.272	2.654
				/.	53							
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	693	0	0		0	693	29	29	0	58	635	664
2. Mietereinbauten	1.432	117	0		0	1.549	859	86	0	945	604	573
3. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	52	0	0		0	52	52	0	0	52	0	0
4. Verteilungsanlagen	6.485	975	127	+	159	7.492	1.244	631	22	1.853	5.639	5.241
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.706	1.732	291	+	16	7.163	3.295	743	290	3.748	3.415	2.411
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	175	0	0	/.	175	0	0	0	0	0	0	175
	14.543	2.824	418	+	175	16.949	5.479	1.489	312	6.656	10.293	9.064
				/.	175							
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	170	0	0		0	170	0	0	0	0	170	170
2. Ausleihungen an verb. Unternehmen	4.110	0	0		0	4.110	3.450	0	0	3.450	660	660
3. Beteiligungen	1.326	0	45		0	1.281	0	0	0	0	1.281	1.326
4. Sonstige Ausleihungen	464	2	0	+	17	483	0	0	0	0	483	464
				U)	17							
	6.070	2	45	+	17	6.044	3.450	0	0	3.450	2.594	2.620
				/.	0							
	27.063	4.449	464	+	245	31.065	12.725	2.494	313	14.906	16.159	14.338
				/.	228							

U) davon Umgliederung aus den kurzfristigen Forderungen

Anhang für das Geschäftsjahr 2017

Allgemeine Hinweise

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, hat ihren Geschäftssitz An der Spandauer Brücke 10 in 10178 Berlin und ist im Handelsregister von Berlin-Charlottenburg unter HRA 37374 eingetragen.

Gegenstand der NBB sind der Betrieb eigener und fremder technischer Leitungsnetze zur Versorgung, die Erbringung aller mit den vorbezeichneten Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen und die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Gegenstand der NBB ist auch die Vermarktung der Netznutzung zu Transportzwecken, die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter sowie die technische und kaufmännische Beratung und Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich der Mitarbeiterüberlassung.

An der NBB sind die GASAG AG, Berlin, nachfolgend GASAG genannt, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam, nachfolgend EMB genannt, und die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus, nachfolgend SpreeGas genannt, als Kommanditistinnen beteiligt.

Persönlich haftende Gesellschafterin der NBB ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, nachfolgend NBB GmbH genannt, mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tsd. €. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes, nachfolgend EnWG genannt, und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie werden im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die nachfolgenden für die Aufstellung des Jahresabschlusses maßgebenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert geblieben.

ANLAGEVERMÖGEN

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter, deren Anschaffungskosten 150 € nicht übersteigen, werden aus Gründen der Wesentlichkeit in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen sofort als Aufwand erfasst. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € und 410 € werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt. Liegt eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vor, so werden die Finanzanlagen gemäß § 253 Abs. 3 HGB gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben. Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung, welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen wird. Ergibt sich ein aktiver Überhang, wird der Betrag unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

UMLAUFVERMÖGEN

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten beziehungsweise unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt. Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalzinsen und Kosten der allgemeinen Verwaltung wurden nicht aktiviert. Erkennbare Risiken werden gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt. Für erkennbare Einzelrisiken werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Die Risiken aus Forderungsausfällen bei Transportkunden sind durch eine Forderungsausfallversicherung zu 90 % abgedeckt. Die verbleibenden Einzelrisiken bei Transportkundenforderungen werden anhand eines Monitoringverfahrens erkannt und gegebenenfalls einzelwertberichtigt. Forderungen werden ausgebucht, sobald sie uneinbringlich sind. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko bei sonstigen Forderungen wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Pauschalwertberichtigungsatz von 2 % auf 1 % der Nettoforderungen gegen Dritte geändert. Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht abgerechnete Netzentgelte ist auf der Basis eines IT-gestützten Individualverfahrens durchgeführt worden.

FREMDKAPITAL

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 1 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (2005) und ein Zinssatz von 3,68 % (Vj. 4,01 %) zugrunde gelegt. Bei den Berechnungen der Altersteilzeitverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 1,43 % (Vj. 1,97 %) berücksichtigt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Erhöhung der Verpflichtungen.

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) enthalten. Bei der Ermittlung der Rückstellung waren die zu zahlenden Sanierungsgelder maßgeblich. Anders als im Vorjahr wurde bei der Rückstellungsbewertung eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a VBL-Satzung unterstellt. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 3,30 % (Vj. 3,66 %) bilanziert. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Erhöhung der Verpflichtung.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet worden. In 2017 gebildete Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst worden.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

LATENTE STEUERN

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasipermanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet ausgewiesen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Die NBB ist mit 67,36 % am Stammkapital der infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, nachfolgend infrest genannt, beteiligt. Das Stammkapital der infrest beträgt 25 Tsd. €. Neben dem Stammkapital besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 200 Tsd. €. Unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses der infrest in Höhe von 30 Tsd. € und eines Verlustvortrages in Höhe von 470 Tsd. € ergibt sich zum 31. Dezember 2017 ein Bilanzverlust in Höhe von 440 Tsd. €. Daraus resultierend ergibt sich ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 215 Tsd. €.

Die NBB ist mit 74,9 % am Stammkapital der KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, nachfolgend KKI genannt, beteiligt. Das Stammkapital der KKI beträgt 25 Tsd. €. Unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages der KKI in Höhe von 10 Tsd. € und eines Verlustvortrages in Höhe von 4.665 Tsd. € ergibt sich zum 31. Dezember 2017 ein Bilanzverlust in Höhe von 4.676 Tsd. €. Daraus resultierend ergibt sich ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 4.651 Tsd. €.

Die NBB ist mit 49 % am Stammkapital der WGI GmbH, Düsseldorf, nachfolgend WGI genannt, beteiligt. Das Stammkapital der WGI beträgt 51,2 Tsd. €. Zum 31. Dezember 2016 wies die WGI einen Jahresüberschuss in Höhe von 123 Tsd. € aus. Unter Berücksichtigung eines Gewinnvortrages in Höhe von 93 Tsd. € ergab sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 216 Tsd. €.

In den Finanzanlagen werden Ausleihungen gegen die infrest in Höhe von 660 Tsd. € (Vj. 660 Tsd. €) ausgewiesen. Die sonstigen Ausleihungen beinhalten langfristig geleistete Mietkautionen in Höhe von 483 Tsd. € (Vj. 464 Tsd. €).

VORRÄTE

	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
Unfertige Leistungen	29.644	41.350
Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen	-14.015	-25.273
	15.629	16.077

Bei den unfertigen Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	31.12.2017		31.12.2016	
	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr
	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	29.186	29.183	22.176	22.174
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	63.618	63.618	45.435	45.435
<i>(davon aus Lieferungen und Leistungen)</i>	<i>(18.649)</i>	<i>(18.649)</i>	<i>(19.962)</i>	<i>(19.962)</i>
<i>(davon sonstige Vermögensgegenstände)</i>	<i>(44.969)</i>	<i>(44.969)</i>	<i>(25.473)</i>	<i>(25.473)</i>
<i>(davon gegen Gesellschafter)</i>	<i>(63.163)</i>	<i>(63.163)</i>	<i>(44.613)</i>	<i>(44.613)</i>
Sonstige Vermögensgegenstände	1.884	1.884	2.573	2.573
	94.688	94.685	70.184	70.182

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Netzentgelten.

Die Forderungen gegen Gesellschafter betreffen mit 18.432 Tsd. € (Vj. 19.785 Tsd. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, mit 23.578 Tsd. € (Vj. 8.207 Tsd. €) Forderungen aus Kontenclearingguthaben und mit 21.153 Tsd. € (Vj. 16.621 Tsd. €) übrige sonstige Vermögensgegenstände.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen Steuerforderungen in Höhe von 940 Tsd. € (Vj. 866 Tsd. €), Schadensersatz- und Versicherungsansprüche in Höhe von 526 Tsd. € (Vj. 521 Tsd. €) sowie debitorische Kreditoren in Höhe von 350 Tsd. € (Vj. 931 Tsd. €) enthalten.

Aktive latente Steuern

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz.

	31.12.2017	
	aktive latente Steuern	passive latente Steuern
	T€	T€
Anlagevermögen	2	0
Rückstellungen	618	0
Bruttobetrag	620	0

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 13,83 % ermittelt. Die Aktivierung des Nettobetrag unterblieb in Ausübung des dafür bestehenden Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Passiva

EIGENKAPITAL

Die Kapitalanteile der Gesellschaft betragen unverändert 1.000 Tsd. €, von denen 805 Tsd. € (Vj. 805 Tsd. €) auf die GASAG, 165 Tsd. € (Vj. 165 Tsd. €) auf die EMB und 30 Tsd. € (Vj. 30 Tsd. €) auf die SpreeGas entfallen.

RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.613	3.034
Steuerrückstellungen	4.552	5.953
Sonstige Rückstellungen	31.807	20.962
	38.972	29.949

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind 280 Tsd. € (Vj. 878 Tsd. €) Verpflichtungen für Sanierungsgeld der VBL enthalten.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 308 Tsd. €.

In den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 31.807 Tsd. € (Vj. 20.962 Tsd. €) sind im Wesentlichen folgende Rückstellungen enthalten:

Rückstellungen für	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
Ausstehende Rechnungen	13.864	11.202
Regulierungskonto	7.529	102
diverse Regulierungssachverhalte	2.378	2.131
Rückzahlungen von Investitionszuschüssen aus Erschließungsverträgen	1.397	1.849
Verpflichtungen für Tantiemen, Urlaubsansprüche, Gleitzeitguthaben und Leistungszulage	1.373	1.384
	26.541	16.668

Die in den sonstigen Rückstellungen darüber hinaus enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen werden mit Vermögensgegenständen zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes (AtG), welche vom GASAG Treuhand e. V., Berlin, gehalten werden, saldiert. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2017
	T€
Erfüllungsrückstand der verrechneten Schulden	2.537
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	1.668
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	1.668
Verrechnete Aufwendungen aus Altersteilzeitverpflichtungen	47
Verrechnete Erträge aus Treuhandvermögen	0

Der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände entspricht den Anschaffungskosten, da es sich hierbei um Festgeldanlagen handelt.

VERBINDLICHKEITEN

Art der Verbindlichkeit	31.12.2017		31.12.2016	
	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr
	T€	T€	T€	T€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	875	875	1.628	1.628
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.481	5.481	920	920
Konten der Gesellschafter	2.247	2.247	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.219	2.219	1.619	1.619
<i>(davon aus Lieferungen und Leistungen)</i>	<i>(2.089)</i>	<i>(2.089)</i>	<i>(1.565)</i>	<i>(1.565)</i>
<i>(davon aus sonstigen Verbindlichkeiten)</i>	<i>(130)</i>	<i>(130)</i>	<i>(54)</i>	<i>(54)</i>
<i>(davon gegenüber Gesellschaftern)</i>	<i>(1.485)</i>	<i>(1.485)</i>	<i>(1.559)</i>	<i>(1.559)</i>
Sonstige Verbindlichkeiten	6.369	6.369	1.932	1.932
<i>(davon aus Steuern)</i>	<i>(5.814)</i>	<i>(5.814)</i>	<i>(1.534)</i>	<i>(1.534)</i>
	17.191	17.191	6.099	6.099

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 1.407 Tsd. € (Vj. 1.547 Tsd. €) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit 78 Tsd. € (Vj. 12 Tsd. €) sonstige Verbindlichkeiten.

PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält insbesondere Zuschüsse in Höhe von 59.046 Tsd. € (Vj. 55.693 Tsd. €) gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam vereinnahmt werden.

In den Umsatzerlösen sind Erträge aus der Erstattung von Biogaskosten (auf Basis von Plankosten) durch den marktgebietsaufspannenden Netzbetreiber enthalten. Dem gegenüber stehen die tatsächlichen Kosten, die aus dem Betrieb des Biogasanschlusses resultieren. Der die Kosten übersteigende Anteil des vereinnahmten Ertrags in Höhe von 854 Tsd. € (Vj. 3.788 Tsd. €) wurde zum 31. Dezember 2017 passivisch abgegrenzt. Die Auflösung erfolgt mit dem Plan-Ist-Abgleich der Biogaskosten, welcher in der Regel im zweiten Geschäftsjahr nach dem Bilanzstichtag durchgeführt wird.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2017 betragen 400.406 Tsd. € (Vj. 427.310 Tsd. €). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben.

Im Wesentlichen resultieren die Umsatzerlöse zu 76,0 % (Vj. 72,9 %) aus Netzentgelten und zu 19,0 % (Vj. 19,0 %) aus Leistungen im Zusammenhang mit Rohrnetzen und Gasanlagen.

In den Netzentgelten sind Erlöse aus der Weiterwälzung von Kosten der vorgelagerten Netze enthalten.

In den Umsatzerlösen werden Erlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 2.988 Tsd. € (Vj. 16.173 Tsd. €) ausgewiesen, von denen 506 Tsd. € (Vj. 6.958 Tsd. €) periodenfremd sind. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar; den Erlösen aus Mehr- und Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber gegenüber, die in den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ausgewiesen werden.

Zudem sind periodenfremde Umsatzerlöse aus Netzentgelten und Konzessionsabgabe in Höhe von –963 Tsd. € (Vj. 7.796 Tsd. €) enthalten.

Bestandsveränderungen

Die Bestandsveränderungen betreffen hauptsächlich unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

Andere aktivierte Eigenleistungen

In den anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 104 Tsd. € (Vj. 78 Tsd. €) sind im Wesentlichen Eigenleistungen im Zusammenhang mit Softwareprojekten ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Erträge

	2017	2016
	T€	T€
Auflösung von Rückstellungen	2.889	4.640
Erstattungen von Boni, Gutschriften/Erstattungen Vorjahre	526	815
Erstattungen von Schäden	461	1.032
Sonstige Erstattungen	298	365
Erstattungen von Ergebnisbeteiligungen	127	196
Veränderungen von Wertberichtigungen	47	31
Übrige	246	202
	4.594	7.281

Materialaufwand

	2017	2016
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	14.884	25.783
Bezogene Leistungen	317.117	311.841
	332.001	337.624

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beinhalten unter anderem Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 2.988 Tsd. € (Vj. 16.025 Tsd. €), von denen 506 Tsd. € (Vj. 6.810 Tsd. €) periodenfremd sind.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ablesungs- und Abrechnungsaufwendungen.

Personalaufwand

	2017	2016
	T€	T€
Löhne und Gehälter	22.789	23.144
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	5.223	5.252
<i>(davon für Altersversorgung)</i>	<i>(1.064)</i>	<i>(1.092)</i>
	28.012	28.396

Die Löhne und Gehälter beinhalten Aufwendungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 221 Tsd. € (Vj. 501 Tsd. €).

Abschreibungen

Die Abschreibungen betreffen mit 1.005 Tsd. € (Vj. 1.000 Tsd. €) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 1.489 Tsd. € (Vj. 1.350 Tsd. €) planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen.

Weiterhin sind im Berichtsjahr Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens in Höhe von 325 Tsd. € (Vj. 2.327 Tsd. €) enthalten. Es wurde eine Wertkorrektur der unfertigen Leistungen im Zusammenhang mit dem Bau einer Biogaseinspeiseanlage vorgenommen. Die entstandenen Aufwendungen werden im Rahmen der Kostenwälzung Biogas gem. § 20b GasNEV angesetzt, die unter den sonstigen Umsatzerlösen ausgewiesen werden.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017	2016
	T€	T€
IT-Leistungen und Hardwareleasing	4.522	4.427
Mieten	3.800	4.019
Geschäftsbesorgungen	2.919	2.978
Versicherungen	1.577	1.696
Büro-, Post- und Telefonaufwand	1.256	1.195
Abgaben, Gebühren und Beiträge	913	746
Beratungs- und Abschlusskosten	906	851
Sonstige Dienst- und Fremdleistungen	631	400
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb	422	506
Ausbuchungen, Wertberichtigungen und Rückflüsse	74	58
Leiharbeitskräfte, Personalüberlassung	52	102
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	3.220	3.033
	20.292	20.011
davon periodenfremd	65	297

Finanzergebnis

	2017	2016
	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen	60	0
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	113	121
<i>(davon aus verbundenen Unternehmen)</i>	<i>(113)</i>	<i>(121)</i>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	294	252
<i>(davon aus verbundenen Unternehmen)</i>	<i>(70)</i>	<i>(64)</i>
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	3.450
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	963	635
<i>(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)</i>	<i>(311)</i>	<i>(176)</i>
<i>(davon an verbundene Unternehmen)</i>	<i>(392)</i>	<i>(164)</i>
	-496	-3.712

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus Zinsen für Gewerbesteuererstattungen aus Vorjahren gegenüber den Gemeinden und aus der Betriebsprüfung für 2011 bis 2013. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Zinsen auf Gewerbesteuer in Höhe von 127 Tsd. € (Vj. 215 Tsd. €), aus Avalgebühren gegenüber der GASAG in Höhe von 163 Tsd. € (Vj. 163 Tsd. €) sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 311 Tsd. € (Vj. 176 Tsd. €) enthalten.

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 9.949 Tsd. € (Vj. 11.188 Tsd. €) sowie Erstattungsüberhang der Gewerbesteuer für vorangegangene Jahre in Höhe von 871 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €).

Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages sind die Kommanditisten der Gesellschaft verpflichtet, die auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen bzw. -entlastungen zu tragen. Der auf diesem Sachverhalt beruhende Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr beträgt 8.501 Tsd. € (Vj. 9.017 Tsd. €). Gemäß § 12.2 des Gesellschaftsvertrages wird der Gewerbesteueraufwand im Zusammenhang mit den Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der Kommanditisten an die NBB erstattet. Für vorangegangene Jahre ergab sich eine periodenfremde Gewerbesteuerrückerstattung der NBB an die Kommanditisten in Höhe von 804 Tsd. € (Vj. 3 Tsd. €).

Außerbilanzielle Geschäfte / sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 349.764 Tsd. € (Vj. 334.605 Tsd. €). Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 215.136 Tsd. € (Vj. 213.273 Tsd. €) sowie gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 26.526 Tsd. € (Vj. 19.308 Tsd. €). Bestellobligos bestehen in Höhe von 24.811 Tsd. € (Vj. 19.839 Tsd. €).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netz-Pachtverträge mit der GASAG, der EMB und der SpreeGas über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes sowie Asset-Owner-Kosten sowie die Bestellung fester Netzkapazitäten in vorgelagerten Netzebenen.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können:

Es bestehen Verträge über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter der Gasnetze mit allen technischen Nebeneinrichtungen mit der GASAG, EMB, SpreeGas, Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz, Rathenower Netz GmbH, Rathenow, Netzgesellschaft Hohen Neuendorf GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf, Versorgungsbetriebe Hoyerswerda GmbH, Hoyerswerda, und Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf. Der Vertrag für das Berliner Gasnetz endet mit der Übereignung oder Besitzeinräumung (Neuverpachtung) des Pachtgegenstandes an einen Dritten im Zuge der Vergabe der Konzession durch das Land Berlin. Der Vertrag mit der Versorgungsbetriebe Hoyerswerda GmbH, Hoyerswerda, endete zum 31. Dezember 2017. Alle übrigen Verträge haben zum Stichtag eine Laufzeit zwischen einem und 20 Jahren.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für den überwiegenden Teil der Mitarbeiter der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der VBL. Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2017 für den Tarifbereich West bis 30.06.2017 8,06 % und ab dem 01.07.2017 8,16 %. Davon leistet der Arbeitgeber 6,45 % und der Arbeitnehmer 1,61 % bis 30.06.2017 bzw. 1,71 % ab 01.07.2017. Im Tarifbereich Ost betrug der Umlagesatz 1,0 %, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Tarifgebiet Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 4,75 % bis 30.06.2017 und ab dem 01.07.2017 in Höhe von 5,5 % erhoben. Davon leistet der Arbeitgeber 2,0 % und der Arbeitnehmer 2,75 % bis 30.06.2017 bzw. 3,5 % ab 01.07.2017. Das umlagepflichtige Entgelt betrug im Geschäftsjahr 17.362 Tsd. €.

Darüber hinaus besteht für die ehemaligen Mitarbeiter der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), nachfolgend SWF genannt, eine Mitgliedschaft beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse. Die ZVK Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – ist im Land Brandenburg die betriebliche Altersversorgung des kommunalen öffentlichen Dienstes. Die Finanzierung erfolgt weitestgehend analog den Regelungen der VBL (Umlage: 1,1 %, Zusatzbeitrag: bis 30.06.2017 jeweils 2,2 % für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ab 01.07.2017 jeweils 2,3 % für Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten zudem Leasingkosten in Höhe von 844 Tsd. € (Vj. 1.254 Tsd. €).

Weitere Verpflichtungen beinhalten Mieten, Geschäftsbesorgungen, Bestellung von Netzkapazitäten, Ablesungs- und Abrechnungsdienstleistungen, Abwicklung von Netzanschlussfragen, Wartungs- und Betriebsführungskosten, sonstige Dienstleistungsverträge, die noch nicht zugeführten Anteile von An-sammelrückstellungen sowie Forderungsausfallversicherungen.

Sonstige Angaben

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB GmbH.

Geschäftsführer der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, sind:

Dipl.-Ing. Ulf Altmann (Vorsitzender) bis 23. April 2017
Technischer Bereich

Dipl.-Ing. (FH) Maik Wortmeier (Vorsitzender) ab 1. Juli 2017
Technischer Bereich

Dipl.-Kfm. Frank Behrend
Kaufmännischer Bereich

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

	2017	2016
Männer	290	296
Frauen	111	111
	401	407

Konzernverhältnisse

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von der GASAG für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2017 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses war die NBB zum 31. Dezember 2017 nicht verpflichtet, da die GASAG in ihrer Eigenschaft als Konzernleitung zum 31. Dezember 2017 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die NBB erstellt.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die wesentliche finanzielle Auswirkungen haben.

Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im von der GASAG aufgestellten Konzernabschluss.

Geschäfte größeren Umfangs gemäß § 6b Abs. 2 EnWG mit verbundenen und assoziierten Unternehmen

	2017
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftragnehmer	T€
Mess- und Abrechnungsleistungen	16.536
Darlehensaufnahme	15.000
Dienstleistungen	4.374
IT-Leistungen	2.148
Geschäftsbesorgungen	2.087
Mieten	1.878
Übernahme Versorgungszusagen	456
Zinsen für Kontoclearing und sonstige Zinsen	392

Auftragnehmer waren im Geschäftsjahr die GASAG, die EMB, die SpreeGas, die SWF, die KKI, die BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin, die DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin, die GASAG Solution Plus GmbH, Berlin, die WGI, die NBB GmbH und die infrest.

Zudem besteht ein Cash-Pooling-Vertrag, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 5.000 Tsd. € zur Verfügung steht. Die kurzfristige Darlehensaufnahme ist zum Bilanzstichtag getilgt. Des Weiteren verzeichnet die NBB Pachtaufwendungen für die Gasnetze der Anteilseigner.

Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

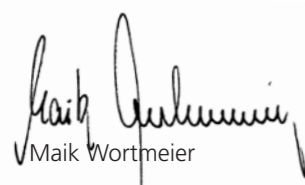
2017

Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftraggeber	T€
Technische Betriebsführung	2.121
Dienstleistungen	1.993
Mieten	335
Zinsen für Ausleihungen, Kontenclearing und sonstige Zinsen	183

Auftraggeber waren im Geschäftsjahr die GASAG, die EMB, die SpreeGas, die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz), die GASAG Solution Plus GmbH, Berlin, die Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick, die Rathenower Netz GmbH, Rathenow, die NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz, die Netzgesellschaft Hohen Neuendorf Gas GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf, die Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf, die WGI, die SWF, die KKI und die infrest.

Berlin, 16. Februar 2018

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG



Maik Wortmeier



Frank Behrend

Gewinn- und Verlustrechnung Gasverteilung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

	2017 Verteilung	2016 Verteilung
	T€	T€
1. Umsatzerlöse	395.646	422.224
2. Bestandsveränderungen	-11.680	-25.834
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	104	78
4. Sonstige betriebliche Erträge	4.538	7.083
5. Materialaufwand	330.083	335.984
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	14.666	25.618
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	315.417	310.366
6. Personalaufwand	25.950	26.313
a) Löhne und Gehälter	20.908	21.244
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	5.042	5.069
<i>davon für Altersversorgung</i>	199	193
7. Abschreibungen	2.677	4.492
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.352	2.165
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufver- mögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	325	2.327
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	19.764	19.545
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	293	252
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	70	64
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	961	634
<i>davon an verbundene Unternehmen</i>	391	165
<i>davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen</i>	16	23
Ergebnis vor Steuern	9.466	16.835
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.381	2.174
Ergebnis nach Steuern	8.085	14.661
12. Sonstige Steuern	46	33
Jahresüberschuss	8.039	14.628
13. Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	0
14. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	-8.039	-14.628
	0	0

Tätigkeitsbilanz Gasverteilung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum 31.12.2017

Aktivseite	31.12.2017	31.12.2016
	Verteilung	Verteilung
	T€	T€
A. Anlagevermögen	13.356	11.538
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.049	2.437
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.598	2.389
2. Geleistete Anzahlungen	1.451	48
II. Sachanlagen	9.869	8.691
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	636	665
2. Mietereinbauten	557	519
3. Verteilungsanlagen	5.639	5.241
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.037	2.092
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	174
III. Finanzanlagen	438	410
Sonstige Ausleihungen	438	410
B. Umlaufvermögen	109.181	85.477
I. Vorräte	14.673	15.420
1. Unfertige Leistungen	28.688	40.693
2. Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte	-14.015	-25.273
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	94.508	70.057
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	29.169	22.143
<i>davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr</i>	3	2
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	63.417	45.363
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	18.533	19.932
<i>davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr</i>	0	0
<i>davon gegen Gesellschafter</i>	63.180	44.603
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.922	2.551
<i>davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr</i>	0	0
III. Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.453	1.481
Bilanzsumme	124.990	98.496

Passivseite	31.12.2017	31.12.2016
	Verteilung	Verteilung
	T€	T€
A. Zugeordnetes Eigenkapital	10.620	3.316
B. Sonderposten	0	0
C. Rückstellung	38.297	29.485
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.436	2.870
2. Steuerrückstellungen	4.552	5.952
3. Sonstige Rückstellungen	31.309	20.663
D. Verbindlichkeiten	16.009	5.972
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	875	1.628
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	875	1.628
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.444	905
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	5.444	905
3. Konten der Gesellschafter	1.467	0
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	1.467	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.174	1.608
<i>davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	881	163
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	2.174	1.608
<i>davon gegen Gesellschafter</i>	1.440	1.559
5. Sonstige Verbindlichkeiten	6.049	1.831
<i>davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr</i>	6.049	1.832
<i>davon aus Steuern</i>	5.527	1.466
E. Rechnungsabgrenzungsposten	60.064	59.723
Bilanzsumme	124.990	98.496

Anhang zum Tätigkeitsabschluss Gasverteilung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

1. Abschreibungsmethoden

Bezüglich der nach §6b Abs.3 Satz 7 EnWG geforderten Angabe zu den Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses.

2. Regeln für die Zuordnung der Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie der Aufwendungen und Erträge zu den gemäß den Sätzen 1 bis 4 des §6b Abs.3 EnWG geführten Konten

BILANZ

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden im Verhältnis des Personalaufwands geschlüsselt.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt entsprechend der Einlagen der Gesellschafter. Die Aufteilung auf die Tätigkeiten für die einzelnen Gesellschafter wird entsprechend der erstmaligen Aufteilung der Einlagen vorgenommen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Den Ausgangspunkt für die Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsabschlusses bildet die von der NBB implementierte Mandantenergebnisrechnung, anhand derer die Gewinnverteilung auf die Tätigkeitsbereiche Verteilung und Sonstige Tätigkeiten je Gesellschafter ermittelt werden. Die Zuteilung erfolgt dabei über Profitcenter der NBB.

Die Verrechnung der Leistungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgt auf Basis einer Stundenschreibung sowie der Umlage entsprechender Verwaltungsgemeinkosten über Aufträge mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Verteilung und Sonstige Tätigkeiten.

Umsatzerlöse:

Die Zuordnung der Umsatzerlöse erfolgt nahezu vollständig direkt auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich.

Materialaufwand:

Der wesentliche Teil der Materialaufwendungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet.

Personalaufwand:

Alle Mitarbeiter sind jeweils einem Profitcenter zugeordnet. Die Personalaufwendungen für die jeweiligen Mitarbeiter werden direkt auf den Profitcentern erfasst. Die Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen erfolgt über eine Stundenschreibung.

Sonstiger betrieblicher Aufwand:

Die Verteilung des sonstigen betrieblichen Aufwandes erfolgt über die tätigkeitsspezifische Zuordnung der Profitcenter bzw. die verursachungsgerechte Verteilung mittels Schlüssel.

Aufwand für IT-Leistungen:

Aufwendungen für IT-Leistungen werden unter anderem unter Berücksichtigung der Anzahl der den einzelnen Profitcentern zugeordneten Benutzerprofile für die jeweiligen Anwendungen auf die Tätigkeitsbereiche verteilt.

Aufwand für Ertragsteuern:

Die tätigkeitsspezifische Aufteilung der Ertragsteuern erfolgt unter Berücksichtigung der erstellten Sonderbilanzen der einzelnen Mandanten sowie der Schlüsselung entsprechend dem Gewinn vor Steuern für die einzelnen Tätigkeiten.

3. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in diesem Tätigkeitsabschluss nicht.

4. Änderung der Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr

Es gab im Berichtsjahr keine Änderungen von Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr.

2017

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Abs. 1 HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- › vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Abs. 1 HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter

Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- › identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

- › gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- › beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- › ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- › beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- › beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, geprüft. Darüber hinaus haben wir den Tätigkeitsabschluss für die Tätigkeit Gasverteilung – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 einschließlich der Angaben zu den Regeln, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den gemäß § 6b Abs. 2 Satz 1 bis 4 EnWG geführten Konten zugeordnet worden sind – geprüft.

Nach unserer Beurteilung

- › wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, in allen wesentlichen Belangen erfüllt und
- › entspricht der beigefügte Tätigkeitsabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG“ sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Berlin, 28. Februar 2018

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Diederichs
Wirtschaftsprüfer

Bährens
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeberin



EIN UNTERNEHMEN DER
GASAG
GRUPPE

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

An der Spandauer Brücke 10 · 10178 Berlin
Tel.: 030 81876-0 · Fax: 030 81876-3099

www.nbb-netzgesellschaft.de



Hinweis zur Schreibweise männlich/weiblich

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der männlichen und weiblichen Bezeichnungen verzichtet wurde.

Umsetzung

Konzeption und Gestaltung

EKS – DIE AGENTUR

Energie Kommunikation Services GmbH, Berlin

www.eks-agentur.de

Projektleitung: Kerstin Sattler

Text: Martin Strathmann

Art-Direktion, Illustrationen: Peter Bomballa

Fotos

Swen Gottschall

Seite 7, 8: Christian Thomas

Seite 17, 21 (Foto rechts): BSR

Hinweis

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben etc.) auftreten.

